

01-0000

**AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG  
GELD- UND WÄHRUNGSPOLITISCHER DIALOG MIT MARIO  
DRAGHI,  
PRÄSIDENT DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK  
(gemäß Artikel 284 Absatz 3 AEUV)  
BRÜSSEL, MONTAG, 28. Januar 2019**

1-002-0000

**VORSITZ: ROBERTO GUALTIERI**  
*Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung*

*(Die Sitzung wird um 15.06 Uhr eröffnet.)*

1-003-0000

**Der Vorsitzende.** – Guten Tag. Es ist mir eine große Freude, heute Präsident Mario Draghi zu unserem geld- und währungspolitischen Dialog zu begrüßen. Dies ist ein ganz besonderer geld- und währungspolitischer Dialog, und das aus zwei Gründen. Zum einen, weil wir den 20. Jahrestag der Euro-Einführung feiern. Wir haben das auch in der Plenarsitzung gemacht, und diese Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung ist diejenige, die dieser Feierlichkeit am nächsten liegt. Zum anderen ist diese Sitzung jedoch auch aus einem weiteren Grund eine besondere Sitzung: Präsident Draghi wird hier nämlich seinen letzten Auftritt in diesem Ausschuss während dieser Legislaturperiode haben.

Daher haben wir beschlossen, Ihnen als Dankeschön für die sehr enge Zusammenarbeit mit diesem Ausschuss ein Geschenk zu überreichen, da durch diese Zusammenarbeit sichergestellt wurde, das muss man so sagen, dass ein sehr hohes Maß an Transparenz und parlamentarischer Kontrolle der EZB erreicht wurde. Gleichzeitig haben Sie – zu Recht – ihre Unabhängigkeit verteidigt.

Was wir hier im geld- und währungspolitischen Dialog und mit den anderen Instrumenten für den Dialog und die Zusammenarbeit getan haben, hat gezeigt, dass wir gemeinsam eine starke Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und eine sehr offene EZB geschaffen haben, die transparent und offen für den Dialog mit dem Europäischen Parlament ist.

Wir möchten Ihnen dafür danken und die Chance ergreifen, Ihnen für all das zu danken, was Sie für die Europäische Union, für die Wirtschafts- und Währungsunion und für unsere Währung, die wir feiern, getan haben, was unsere Kolleginnen und Kollegen vielfach anerkannt haben.

Ich möchte daher an dieser Stelle noch sagen, dass das, was Sie erreicht haben, von grundlegender Bedeutung für die Erhaltung unserer Währung war, für die Erhaltung des Euros und für die Wahrung seiner Integrität. Dafür möchten wir Ihnen Anerkennung zollen und Ihnen unseren Dank aussprechen, weshalb wir Ihnen dieses Geschenk überreichen möchten.

*(Dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank wird eine Messingplakette überreicht.)*

1-004-0000

**Der Vorsitzende.** – Wir können nun mit den weiteren Punkten unseres geld- und währungspolitischen Dialogs fortfahren. Ich habe bereits viel gesagt, weshalb ich keine großen Worte mehr verlieren muss. Wir haben alle die Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen

Zentralbank gelesen sowie die Auswertung der Wirtschaftsprognose und die Ausrichtung der Währungspolitik, die gleich bleibt, wie auch die starke akkommodierende geldpolitische Ausrichtung, zur Kenntnis genommen.

Präsident Draghi, ich erteile Ihnen das Wort für Ihre einleitenden Bemerkungen.

1-005-0000

**Mario Draghi**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Herr Vorsitzender, ehrenwerte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung! Haben Sie vielen Dank für diese Überraschung. Ich fühle mich wirklich geehrt, diese Plakette erhalten zu haben, deshalb vielen Dank. Das war eine gelungene Überraschung.

Meine Damen und Herren, es ist mir eine Freude, wieder im Europäischen Parlament zu sein und vor Ihrem Ausschuss zu erscheinen. Ich freue mich darüber, dass Sie das Euro-Projekt und seine Erfolge in den vergangenen 20 Jahren als Thema für die heutige Diskussion ausgewählt haben. Ich werde unverzüglich in die Materie eintauchen, indem ich die interne und externe Dimension des Euro-Währungsraums erörtern werde. Anschließend werde ich aufzeigen, dass es – aufbauend auf dem bereits Erreichten – gegenwärtig unsere Pflicht ist, weiterhin um Fortschritte bemüht zu sein, um sicherzustellen, dass das gesamte Potenzial des Euro voll und ganz ausgeschöpft wird.

Der Euro wurde eingeführt, um den Binnenmarkt zu vertiefen und seine Integrität zu gewährleisten. Mit ihm sollte das europäische Projekt des Abbaus von grenzüberschreitenden Hindernissen durch gemeinsame Anstrengungen und gemeinsame Strategien fortgeführt werden. Dadurch wurde eine Geisteshaltung, die bereits in der Schuman-Erklärung aus dem Jahr 1950 zum Ausdruck kam, weitergetragen: Europa „durch konkrete Tatsachen entstehen“ zu lassen. Infolgedessen sind unsere Volkswirtschaften heute so eng miteinander verflochten, wie es vor noch nicht allzu langer Zeit unvorstellbar gewesen wäre.

Der Euro wurde als eine vertrauenswürdige und stabile Währung konzipiert. Und in der Tat hat der Euro zwei Jahrzehnte lang für Preisstabilität gesorgt und somit das Vertrauen der Menschen in den Wert ihrer Ersparnisse aufrechterhalten. Die stabilen Preise erleichterten zudem Firmeninvestitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Heute stehen in den 19 Ländern, die derzeit den Euro-Währungsraum bilden, mehr als 20 Millionen mehr Europäer in einem Beschäftigungsverhältnis als noch vor 20 Jahren. Darüber hinaus ist seit der Schaffung des Euro die Erwerbsbeteiligungsquote von 59 % auf 67 % angestiegen, was der bisher höchste Wert ist.

Die zwei Jahrzehnte, in denen es den Euro gab, waren außerordentlich. Das erste Jahrzehnt markierte den Höhepunkt eines 30-jährigen Zeitraums mit makroökonomischer Stabilität, der auch als Phase der „Großen Moderation“ bekannt ist. Die Inflationsrate lag bei durchschnittlich fast 2 %, und die EZB sorgte – vorrangig durch Anpassung der Zinssätze – für Preisstabilität.

Das zweite Jahrzehnt brachte die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit der Weltwirtschaftskrise hervor. Vor zwei Wochen hatte ich die Möglichkeit, in der Plenardebatte des Parlaments ausführlich zu erörtern, dass wir als Reaktion auf die Krise neue Instrumente einsetzen mussten, um die Wirksamkeit unserer Währungspolitik zu gewährleisten und die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets zu stabilisieren.

Dank der gemeinsamen Anstrengungen aller europäischen Bürger hat sich das Euro-Währungsgebiet von der Krise erholt. Die Entschlossenheit der Bürger und ihrer Vertreter hat konkrete Ergebnisse hervorgebracht: In 22 aufeinanderfolgenden Quartalen war ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, die Arbeitslosenquote hat ihren niedrigsten Stand seit Oktober 2008 erreicht und die Löhne und Einkommen steigen. Allerdings waren in den letzten Monaten aufgrund einer geschwächten externen Nachfrage und einigen länderspezifischen Faktoren weiterhin geringere Auftragseingänge zu verzeichnen. Die

anhaltenden Unsicherheiten, insbesondere im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren und der Bedrohung durch den Protektionismus, beeinträchtigen das Wirtschaftsklima.

Gleichzeitig begünstigen weiterhin die günstigen Finanzierungsbedingungen, die positive Arbeitsmarktdynamik und die steigenden Lohnzuwächse eine Expansion im Euro-Währungsgebiet und eine allmähliche Steigerung des Inflationsdrucks. Dies bestärkt unser Vertrauen in eine auf mittlere Sicht fortgesetzte dauerhafte Konvergenz der Inflationsraten auf Niveaus, die unter, aber nahe an der 2 %-Marke liegen. Mittelfristig sind auch weiterhin beträchtliche geldpolitische Stimulierungsmaßnahmen von entscheidender Bedeutung für die Förderung der weiteren Schaffung eines inländischen Preisdrucks und die ausgewiesene Inflationsentwicklung. Diese werden umgesetzt durch unsere Hinweise auf die künftige Zinspolitik der EZB-Leitzinsen, verstärkt durch die Reinvestitionen des beachtlichen Bestands der erworbenen Vermögenswerte. Der Rat der Europäischen Zentralbank ist in jedem Fall bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflationsrate auf eine nachhaltige Weise auf das Inflationsziel des EZB-Rats zubewegt.

Die Vorteile des Euro waren jedoch nicht auf die europäische interne Dimension beschränkt. Durch unseren Zusammenhalt in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) waren wir in der Lage, unsere Souveränität zu erhalten, die wir ansonsten, als einzelne Länder, in einer stark integrierten Weltwirtschaft verloren hätten.

Wie bereits zum Zeitpunkt seiner Schaffung angekündigt wurde, symbolisiert der Euro die Einheit eines europäischen Kontinents, der besser in der Lage ist, auf globaler Ebene Einfluss zu nehmen. Unser Miteinander in der Wirtschafts- und Währungsunion gibt uns ein größeres Mitspracherecht bei internationalen Verhandlungen und erhöht unsere Kapazität, auf wirtschaftliche Beziehungen Einfluss zu nehmen. Das sind die Worte von Jacques Delors in seinem berühmten Delors-Bericht.

In den vergangenen 20 Jahren ist der Euro zur zweitwichtigsten Währung im internationalen Währungssystem geworden. Zwischen 20 % und 40 % der weltweiten Devisenreserven, Devisentransaktionen, internationalen Kredittransaktionen und internationalen Handelstransaktionen lauten auf Euro. Und über 50 Länder oder Gebiete nutzen den Euro oder haben ihre Währung an ihn gekoppelt.

Diese globale Stellung hat Vorteile. Zum einen bringt sie eine Senkung der Transaktionskosten des internationalen Handels mit sich und macht so europäische Firmen wettbewerbsfähiger. Zudem bringt sie mehr Fülle und Liquidität in die Finanzmärkte des Euro-Raums und erlaubt es inländischen und internationalen Investoren, wirtschaftliche Ressourcen effizienter zu verteilen. Nicht zuletzt senkt sie die Finanzierungskosten an den globalen Finanzmärkten für Kreditnehmer aus dem Euro-Raum, darunter Kapitalgesellschaften, Finanzinstitutionen und öffentliche Einrichtungen, wovon in der Folge auch Firmen, Haushalte und die Steuerzahler profitieren. Die internationale Rolle des Euro beinhaltet natürlich auch Herausforderungen, unter anderem eine größere Anfälligkeit gegenüber umfassenden internationalen finanziellen Entwicklungen und potenziellen Veränderungen hinsichtlich des geldpolitischen Transmissionsprozesses.

Die internationalen Vorteile einer gemeinsamen Währung reichen jedoch über den monetären Bereich hinaus. In einer Welt mit engen wirtschaftlichen und finanziellen Verknüpfungen ist die internationale Zusammenarbeit unverzichtbar; zudem können wir die europäischen Ideen und Interessen wirksamer voranbringen, wenn wir gemeinsam unsere Stimme erheben. Die Stimme des Euro-Währungsraums war in der Tat von entscheidender Bedeutung für die Stärkung des internationalen Regulierungsrahmens für den Finanzsektor nach der weltweiten Finanzkrise. Der einheitliche Aufsichtsmechanismus ist gegenwärtig das weltweit umfassendste Bankenaufsichtssystem und trägt erfolgreich zur Ausgestaltung des internationalen Aufsichtsrahmens bei.

Seit der globalen Finanz- und Schuldenkrise des Euro-Währungsgebiets scheint die internationale Rolle des Euro jedoch schrittweise untergraben worden zu sein. Obgleich seine Bedeutung als Rechnungswährung für internationale Handelstransaktionen weitgehend unverändert geblieben ist, ist seine Bedeutung für die weltweiten Devisenreserven und für die globalen Anleihemärkte geschrumpft.

Dieser Rückgang ist ein Symptom für die Verwerfungen innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, die durch die Krise ans Tageslicht gekommen sind. Bedenken hinsichtlich der Belastbarkeit des Gefüges der Wirtschafts- und Währungsunion und über die finanzielle Zersplitterung verstärkten diese Aushöhlung. In der Tat gehören Stabilität, finanzielle Tiefe und Liquidität zu den wichtigsten Einflussgrößen einer internationalen Währung.

Die Entscheidungsträger der europäischen Politik schenken diesem Thema daher nunmehr größere Aufmerksamkeit, und in den vergangenen Monaten wurden verschiedene Forderungen nach einer stärkeren internationalen Rolle des Euros laut. Auf dem Euro-Gipfel im Dezember 2018 wurde dazu aufgerufen, diesbezüglich zweckdienliche Maßnahmen voranzutreiben.

Die internationale Rolle des Euro wird von der Durchführung einer gesunden Haushaltspolitik im Euro-Währungsraum und einer tieferen und vollständigeren Wirtschafts- und Währungsunion gestützt. Dies erfordert weitere Anstrengungen auf dem Weg zu einer stärkeren Integration.

Die vergangenen 20 Jahre haben ohne Zweifel aufgedeckt, was für eine Herausforderung es sein kann, den wirtschaftlichen Wohlstand und die Stabilität sicherzustellen. Dies trifft sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euro-Raums zu. Nichtsdestotrotz haben diese Jahre gezeigt, dass eine solche gemeinsame Herausforderung am besten gemeinsam gelöst wird. Um das vorteilhafte Potenzial des Euros vollständig zu realisieren, müssen wir die gleichen Elemente zum Einsatz bringen wie diejenigen, die im Jahr 1999 den Euro zur Realität werden ließen.

Einerseits benötigen wir nationale Reformen, um eine dauerhafte wirtschaftliche Konvergenz zu fördern. In jedem Währungssystem kann ein höheres Wachstumspotenzial nur durch kontinuierliche Reformanstrengungen freigesetzt werden. Diese gehören zu den Schlüsselaufgaben der Mitgliedstaaten, da der Konvergenzprozess vorrangig durch strukturelle Faktoren vorangetrieben wird.

Andererseits kann sich Europa positiv abheben, wenn solche Reformanstrengungen gefördert und erleichtert werden. Unser Zusammengehörigkeitsgefühl stellt einen einzigartigen Wettbewerbsvorteil dar, den wir kapitalisieren sollten. Erstens können wir auf den Synergien zwischen der Wirtschafts- und Währungsunion und dem Binnenmarkt aufbauen. Der Binnenmarkt ist in der Tat eines der wirkungsvollsten Instrumente, das wir haben, um die Mechanismen zur Steigerung der Produktivität auszulösen. Insbesondere würde eine echte Kapitalmarktunion nicht nur den Zugang zu Finanzmitteln für Privathaushalte und Unternehmen erleichtern und diversifizieren und somit die Investitionen und Innovationen fördern, sondern auch eine Risikodiversifizierung – die sogenannte private Risikoteilung – ermöglichen; damit könnten zeitweilige Rückgänge der Aktivitäten auf lokaler Ebene kompensiert und in der Folge die allgemeine Widerstandsfähigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion gestärkt werden.

Zweitens ist es von entscheidender Bedeutung, die Projekte abzuschließen, die wir während der Krise in die Wege geleitet haben, insbesondere die Bankenunion. Zusammen mit der Kapitalmarktunion würde eine vollständig umgesetzte Bankenunion eine sinnvolle private Risikoteilung bieten, die es gegenwärtig im Euro-Raum noch nicht gibt, wenn wir einen Vergleich mit den USA anstellen. Eine private Risikoteilung muss aber, um wirksam zu sein,

noch durch andere politische Maßnahmen unterstützt werden. Daher sollten wir innerhalb unseres wirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmens wieder neues Vertrauen aufbauen, indem wir ihn bei der Sicherstellung einer soliden Ausübung der Politik auf nationaler Ebene wirksamer machen. Diese Maßnahmen können auf europäischer Ebene durch den jüngsten Beschluss, ein Instrument zur Gewährleistung von Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit für den Euro-Raum zu schaffen, noch weiter gefördert werden.

Um künftige konjunkturelle Krisen bewältigen zu können, müssen die zwei Schutzebenen gegen Schocks – einerseits die Risikodiversifizierung durch das private Finanzierungssystem und andererseits die öffentliche antizyklische Förderung durch steuerliche Instrumente auf nationaler und europäischer Ebene – in einer vollständigen und wirksamen Weise miteinander interagieren.

Die Umsetzung dieser Reformen ist weder idealistisch noch utopisch, wenn wir zusammenarbeiten. Auf dem Euro-Gipfel im Dezember haben die führenden Politiker ihr politisches Engagement für die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion neu bekräftigt. Wenn wir die Vorteile des Euro voll realisieren wollen, müssen wir dieses Engagement kapitalisieren und es in konkrete politische Maßnahmen übertragen.

Herr Vorsitzender, ehrenwerte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung! Ich habe das Wort „gemeinsam“ heute schon mehrere Male benutzt. Da dies das letzte Mal ist, dass wir in dieser Legislaturperiode zusammenkommen, lassen Sie mich noch einige wenige Worte hinzufügen, die an Sie persönlich gerichtet sind. Ich möchte mich bei Ihnen allen für die Rolle bedanken, die dieser Ausschuss im Laufe der vergangenen Jahre gespielt hat. Ich kann mich erinnern, dass ich in meiner ersten Anhörung hier gesagt habe, dass dies das erste Mal ist, dass ich meiner demokratischen Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament nachkomme, und wie dankbar ich dafür bin. Es sollten noch zahlreiche weitere Anhörungen dieser Art folgen, und Sie haben wirksam sichergestellt, dass die EZB rechenschaftspflichtig war und daher auch rechtmäßig und unabhängig ihre Währungspolitik durchführen konnte. Ich bin aber auch dankbar für die Unterstützung, die dieser Ausschuss immer für die Tätigkeiten der EZB aufgebracht hat – es war eine aufrichtige Unterstützung, da sie auf der Stimme der europäischen Bürger aufbaute, und war zudem eine wichtige Unterstützung, die der EZB durch die vielen schwierigen Zeiten in den letzten Jahren geholfen hat. Als Mitgesetzgeber hatten Sie auch eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung von wichtigen Reformen, die unsere Union weiter gestärkt haben.

Dieser Ausschuss und auch das Europäische Parlament im Allgemeinen waren meiner Erfahrung nach aufmerksame Dolmetscher der Erwartungen der europäischen Bürger. Denn nur auf diese Weise können wir ein Vertrauen in die Legitimität der Organe der Union und der europäischen Politik aufbauen und es ermöglichen, eine effektivere und integrativere Union zu erschaffen.

Wie ich bereits erwähnt habe, erwarten die Bürger eine „vollkommenere Union“ – und das Parlament kann zur Erreichung des Ziels beitragen: Einer Union, die ihren Bürgern auch künftig physische und ökonomische Sicherheit bietet, während sie gleichzeitig die Werte einer offenen, demokratischen und friedlichen Gesellschaft fördert. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich stehe Ihnen jetzt für Fragen zur Verfügung.

*(Beifall)*

1-006-0000

**Der Vorsitzende.** – Vielen Dank, auch für Ihre sehr freundlichen Worte zur Tätigkeit dieses Ausschusses und dieses Parlaments. Lassen Sie uns nun mit den Beiträgen unserer Mitglieder beginnen. Der erste Redner ist Markus Ferber.

1-007-0000

**Markus Ferber (PPE).** – Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Präsident Draghi! Ich darf mich im Namen der EVP-Fraktion ganz herzlich bedanken für die immer offene Art, die Sie hatten, und für die Möglichkeiten, an vielen Stellen miteinander ins Gespräch zu kommen – nicht nur hier im Ausschuss, sondern auch bei den regelmäßigen Besuchen in Frankfurt und an vielen anderen Stellen in der Europäischen Union, wo es Möglichkeiten der Begegnung gab. Das haben wir sehr geschätzt, und das ist ein Benchmark, den Sie da auch für potenzielle Nachfolger gesetzt haben.

Ich habe aber trotzdem zwei Fragen: Kürzlich hat die Europäische Kommission eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie skizziert, wie sie die internationale Rolle des Euro und dabei insbesondere die Rolle des Euro als Reservewährung stärken will. Welche Konsequenzen ergeben sich für Sie aus diesem Vorhaben für die Geldpolitik? Und sehen Sie ein Problem darin, dass die US-Notenbank, die die Geldpolitik des stärksten Konkurrenten des Euro als Reservewährung kontrolliert, eine deutlich restriktivere Geldpolitik betreibt als die EZB? Wann sehen Sie eine Kehrtwende der lockeren Geldpolitik, bevor der amerikanische Zins am kurzfristigen Teil der Zinskurve sie zu sehr unter Druck setzt?

Und dann habe ich noch eine zweite Frage: Der Europäische Rechnungshof prüft die Rechtmäßigkeit und die Ordnungsgemäßheit der Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union sowie die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung der EU-Organe und damit auch der Europäischen Zentralbank. Vonseiten des Rechnungshofs kamen bei der Prüfung der Krisenreaktionsfähigkeit der EZB und der Aufsichtstätigkeit des gemeinsamen Aufsichtsmechanismus – also ich betone noch mal: Krisenreaktionsfähigkeit und gemeinsamer Aufsichtsmechanismus, was nicht Kerngeschäft einer Notenbank ist – nun bereits mehrfach die Rückmeldung, dass die Europäische Zentralbank nicht in ausreichender Weise die notwendigen Dokumente zur Verfügung stellt, um eine angemessene Prüfung durchzuführen. Können Sie erläutern, warum die Europäische Zentralbank eine angemessene Zusammenarbeit mit dem Rechnungshof verweigert und wie die Situation verbessert werden kann?

1-008-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Herr Vorsitzender, ich denke, Sie haben mir zwei Fragen gestellt. Erstens, wie eine erweiterte internationale Rolle für den Euro die Währungspolitik beeinflussen würde?

Nun, zuerst einmal müssen wir das erreichen, und wir müssen uns die Frage stellen, warum unsere internationale Rolle nicht so bedeutend ist, wie man aufgrund der Stärke und der Größe der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets erwarten würde. Die Antwort ist im Prinzip sehr einfach: Lasst uns die Bankenunion vollenden, die Kapitalmarktunion vollenden – und wenn wir an diesem Punkt angekommen sind, werden wir einen internationalen Finanzsektor haben, der mit dem in den USA vergleichbar ist, und sehr wahrscheinlich wird der Euro eine große, übermächtige Rolle spielen, wie der US-Dollar.

Nein, es bestehen nicht notwendigerweise Verbindungen zwischen der internationalen Rolle des Euro und der Geldpolitik, aber sicherlich müssen wir, und das stärker als wir es heute tun, die Auswirkungen auf andere Gebiete berücksichtigen. Wir berücksichtigen zwar schon heute die Auswirkungen, aber in der Zukunft wird die Verbindung sicherlich direkter sein.

Hinsichtlich einer mehr oder weniger lockeren Geldpolitik können wir, ehrlich gesagt, keinen Zusammenhang sehen. Ich meine, beispielsweise in den USA, wenn man sich daran messen möchte, hat man schon viele Jahre vor uns mit der quantitativen Lockerung gearbeitet, die aber jetzt gestoppt wurde. Allerdings befindet man sich dort auch an einem ganz anderen Punkt im Konjunkturzyklus, weshalb ich nicht wirklich der Ansicht bin, dass man den Grad einer lockeren Geldpolitik so einfach vergleichen kann. Aber natürlich ist es so, dass die USA lange vor uns angefangen haben. Das ist also die Antwort auf die erste Frage.

Die zweite Frage betraf den Europäischen Rechnungshof. Seien Sie gewiss, ich werde die Details hierzu genau durchgehen, aber der wichtigste Punkt ist, dass wir natürlich bereit sind, zusammenzuarbeiten, und das haben wir auch gemacht. Wir haben gezeigt, dass wir auf ihre Anfrage etwa 500 Dokumente vorgelegt haben, 6000 Seiten. Wir haben 38 Sitzungen und Telefonkonferenzen mit dem Europäischen Rechnungshof abgehalten, und wir haben ihnen alle angeforderten Informationen gegeben, je nach Zuständigkeitsbereich der beiden Institutionen.

Gemäß den Verträgen besteht das Mandat des Europäischen Rechnungshofs darin, die Effizienz der Verwaltung der EZB zu prüfen. Diese Abgrenzung des Mandats des Rechnungshofs wurde vom Gesetzgeber mit Bedacht festgelegt, um die Unabhängigkeit der EZB sicherzustellen. Darüber hinaus hat sich die Kommission im Jahr 2017 weitgehend der Auslegung der EZB bezüglich der Rechtsvorschriften unserer Satzung und derjenigen der Verordnung zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank angeschlossen.

Dennoch hat es, wie ich gesagt habe, viel Kooperation und Zusammenarbeit gegeben, und wir werden das im Rahmen unseres Mandats auch fortführen.

1-009-0000

**Pervenche Berès (S&D).** – Herr Präsident! Auch ich möchte Ihnen im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion für die hervorragende Zusammenarbeit danken, die während Ihrer Präsidentschaft zwischen dem Parlament und der Zentralbank aufgebaut wurde.

Die Zusammenarbeit hat sich entwickelt, denn – wie Sie sich sicher erinnern – bei meiner ersten Anhörung, als Sie für die Präsidentschaft der Zentralbank kandidiert haben, habe ich Sie noch eindringlich befragt. Einige meiner Freunde, die die Organisationen gut kennen, haben mir berichtet, dass Ihr Wissen über die Funktionsweise der Finanzmärkte es Ihnen ermöglichen würde, ein bedeutender Präsident der Zentralbank zu sein. Das haben Sie bewiesen und ich möchte Ihnen dazu gratulieren.

Ich komme nun zu meinen Fragen. Zunächst möchte ich Sie fragen, wie Sie die Situation im Hinblick auf die Auswirkungen der Haushaltspolitik einschätzen? Denn wir haben immer noch den Eindruck, dass im Zusammenhang mit der Funktionsweise des Euro-Raums die Auswirkungen der Haushaltspolitik auf die Währungspolitik weitgehend unterschätzt werden. Was sollte in dieser Hinsicht korrigiert werden?

Die zweite Frage knüpft an die meines Vorredners an, denn ich habe immer noch den Eindruck, dass die Wiederaufnahme der Debatte über die internationale Dimension des Euro von einigen als Ausrede dargestellt wird. Ich teile jedoch Ihre Ansicht, dass der Euro seine volle Stärke auf internationaler Ebene nicht entfalten kann, weil er keine vollkommene Währung ist, mit einer ordnungsgemäßen Verwaltung sowie einem Kapitalmarkt und einer Bankenunion. Sind Sie sicher, dass diese Botschaft in der Kommission und im Rat verstanden wird?

1-010-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Herr Vorsitzender, zur ersten Frage: was in der Geldpolitik vermieden werden muss – ich denke überall, aber vor allem in unserem Teil der Welt – ist fiskalische Dominanz, da ansonsten die Zentralbank ihre Unabhängigkeit und somit auch ihre Glaubwürdigkeit verliert. In der Vergangenheit hat es mehrere Fälle gegeben – natürlich nicht im Euro-Währungsgebiet, aber in anderen Teilen der Welt oder vor der Einführung des Euro –, bei denen Zentralbanken einer starken fiskalischen Dominanz unterworfen waren. Man könnte durchaus sagen, dass sie dadurch ihre Unabhängigkeit verloren haben, und die Folgen kamen deutlich in den Inflationsraten und Arbeitslosenquoten zum Ausdruck, die beide in den 1980er-Jahren sehr hoch waren. Das ist

also die wichtigste Sache, auf die wir achten müssen. Damit komme ich zu der Frage, ob wir die bestehenden finanzpolitischen Vorschriften verbessern können?

Gehen wir jedoch erst einmal einen Schritt zurück. Es gibt einen großen Unterschied zwischen der Finanzpolitik und der Geldpolitik, was die Integration betrifft. Im Bereich der Geldpolitik haben wir uns von der Situation in den 1980er-Jahren entfernt, in denen die Integration und Koordinierung durch ein regelgestütztes System sichergestellt wurde. Wir haben akzeptiert, dass dieses System gescheitert ist, und die Gründerväter des Euro haben sich anders orientiert, hin zu einer institutionsbasierten Integration der Währungspolitik. Dabei haben sie nicht bei Null angefangen: Das kam nach 15 oder 20 Jahren Versagen des regelgestützten Systems. In der Finanzpolitik ist diese Umstellung noch nicht vollzogen worden. Wir arbeiten immer noch regelgestützt und im Hinblick auf das Funktionieren der Regeln ist es derzeit geradezu modern, diese zu kritisieren, obgleich sie wirklich sehr, sehr nützlich waren. Denken Sie einmal an die Defizite und Schuldenstände, die wir ohne diese Regeln eventuell angehäuft hätten!

Können sie verbessert werden? Ganz sicher! Sicherlich müssen sie verbessert werden, und sie können auch verbessert werden. Ich bin mir ganz sicher, dass wir in den kommenden Monaten und Jahren weitere Verbesserungen sehen werden. Am Ende aber – und das habe ich bei verschiedenen Anlässen immer wieder erwähnt – wird die ultimative Form einer besseren Koordinierung eine institutionsbasierte sein, wie auch im Falle der Währungspolitik.

Zur internationalen Rolle des Euro ist zu sagen, dass es natürlich eine gute Diskussion ist, weil sie uns zwingt, den Fokus darauf zu richten, was in Gebieten geschieht, in denen die Währung – und hierfür ist der US-Dollar ein Paradebeispiel –, eine starke internationale Rolle hat. Wenn wir uns diese Union (die USA) ansehen, dann sehen wir, dass es dort nicht nur einen gut funktionierenden Kapitalmarkt und eine gut funktionierende Bankenunion gibt, sondern auch einen Haushalt und eine Regierung. Wir sind jedoch nicht ein Land, wir sind mehrere Länder, und deshalb müssen wir uns dahin bewegen, unser Währungsgebiet zu einem besseren Währungsgebiet zu machen, weil es noch kein optimales Währungsgebiet ist. Es hat viele Schwächen – die wir während der Krise zu spüren bekommen haben –, aber wir bewegen uns schrittweise und in Übereinstimmung mit den politischen Entwicklungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten in diese Richtung.

1-011-0000

**Bernd Lucke (ECR).** – Herr Vorsitzender! Herr Draghi, ich möchte Ihnen ebenfalls danken für die freundlichen Worte, die Sie an diesen Ausschuss gerichtet haben, auch wenn ich Ihnen mitteilen muss, dass Sie mich nicht zu denjenigen rechnen dürfen, die mit Ihnen zusammen an der Finalisierung des Euro und der Euro-Zone arbeiten werden, weil ich nach wie vor nicht der Auffassung bin, dass der Euro eine geeignete Währung für die Euro-Zone oder für die EU als Ganzes darstellt, und weil ich auch nicht Ihrer Auffassung bin, dass die EZB sich an ihr Mandat hält, sondern es tatsächlich überschreitet, wie Sie wissen.

Insofern stehen wir auf verschiedenen Seiten eines Kampfes, bei dem ich bedaure, dass Sie ein guter Kämpfer sind, aber ein Kämpfer für die falsche Sache. Dessen ungeachtet möchte ich Ihnen persönlich dafür danken, dass die Art und Weise, wie Sie den Währungspolitischen Dialog hier geführt haben, zu dem Besten gehört hat, was ich in diesem Parlament von Gästen des Hauses erlebt habe. Die Art und Weise, wie Sie argumentieren, der Informationsgehalt, den Sie bringen, die Stringenz Ihrer Argumentation – alles das war vorbildlich, und ich danke Ihnen dafür, dass Sie doch wirklich einmal einen fruchtbaren Austausch ermöglicht haben.

Ich habe zwei Fragen an Sie. Die eine Frage betrifft die Eintrübung der konjunkturellen Situation, die Sie hervorgehoben haben. Die EZB hat ja bekannt gegeben, dass das PSPP zwar jetzt zurückgefahren worden ist und keine Nettoneuankäufe stattfinden, aber angesichts der Tatsache, dass das PSPP nach wie vor ein Instrument der EZB sein soll: Halten Sie es für



denkbar, dass die Nettoankäufe im Laufe dieses Jahres – 2019 – wieder aufgenommen werden, um weiteren Stimulus zu erzeugen? Und welche Gründe würden dies möglicherweise aus Ihrer Sicht nötig werden lassen?

Die zweite Frage, die ich habe, ist ein Themenfeld, über das wir oft miteinander gesprochen haben, nämlich die Target-Salden. Sie haben wahrscheinlich zur Kenntnis genommen, dass es eine Studie von den Professoren Fuest und Sinn gibt, die argumentieren, dass nationale Zentralbanken im Innenverhältnis des EZB-Systems insolvent werden können, wenn eine Staatsinsolvenz stattfindet in Zusammenhang mit darauffolgender Kapitalflucht. Dabei spielen die Zahlungsverpflichtungen aus den Target-Salden – unterstellt, sie werden mit dem Hauptrefinanzierungssatz finanziert – eine zentrale Rolle. Ich möchte Sie gerne fragen: Können Sie das bestätigen beziehungsweise können Sie ausschließen, dass eine nationale Zentralbank in einem solchen Szenario, wie es von Sinn und Fuest entworfen worden ist, im Innenverhältnis des Systems der Europäischen Zentralbanken zahlungsunfähig wird?

1-012-0000

**Mario Draghi**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Herr Vorsitzender, ich möchte mich bei Herrn Lucke für seinen Dank bedanken, den ich besonders schätze, da er – wie er genau zum Ausdruck gebracht hat – von jemandem kommt, der ganz andere Ansichten vertritt als diejenigen, die ich vertrete und verteidige.

Lassen Sie mich zuerst auf einen Punkt bezüglich unseres Mandats eingehen, da dies mit dem Rest der Antwort zusammenhängt. Man kann subjektive Zweifel hegen, ob unsere Tätigkeit in den Rahmen des Mandats fällt oder nicht, aber der Punkt ist doch, dass der oberste Gerichtshof in Europa die Tatsache gebilligt hat, dass wir im Rahmen unseres Mandats tätig geworden sind, und die von uns eingesetzten Instrumente sind ein legitimer Teil unseres Instrumentariums, das wir haben und auch in der Zukunft nutzen werden.

Jetzt möchte ich jedoch direkt auf Ihre Frage eingehen, Herr Lucke. Wie ich bereits gesagt habe, haben wir mehrere Instrumente. Wir haben die Hinweise auf die künftige Zinspolitik, die von den vorherrschenden Gegebenheiten zum jeweiligen Zeitpunkt abhängt, und wir haben uns jetzt stabilisiert, wir kaufen nicht mehr auf Nettobasis. Wir stabilisieren die Bilanzposten der Europäischen Zentralbank. Dennoch werden wir sicherlich damit fortfahren, Anleihen zu kaufen, um den Bestand zu stabilisieren, da sich die Laufzeit der Anleihen ihrem Ende nähert.

Wir haben also die Hinweise auf die künftige Zinspolitik und wir haben die Reinvestitionen in die Bestände, die übrigens dieses Jahr ziemlich ansehnlich ausfallen – wir sprechen hier von 15 Milliarden Euro pro Monat in dieser Spielrunde –, und falls doch alles schiefgehen sollte, können wir natürlich immer noch auf andere Instrumente zurückgreifen, die uns zur Verfügung stehen, worauf Sie verwiesen haben. Bezüglich dieser Möglichkeit gibt es keine Einwände. Der einzige Knackpunkt ist die Frage nach einem Eventualfall, in dem wir das tun würden. Derzeit erachten wir die Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines solchen Eventualfalls dieses Jahr als gering, dieses Jahr geschieht dies ganz sicher nicht.

Der zweite wichtige Punkt betrifft die Frage „Was wäre, wenn“. Ich möchte nicht über Eventualfälle spekulieren, die in der Zukunft auftreten könnten, aber ich kann ein paar Worte zu der unterschweligen Angst sagen, die Ihre Frage offenbart, vor allem zu den TARGET2-Salden. Wir haben dies an anderer Stelle diskutiert, aber der wichtigste und grundlegende Faktor hinter der Erhöhung der TARGET2-Salden ist die Dezentralisierung der Umsetzung unserer Geldpolitik.

Diese ziemlich beachtliche Erhöhung der TARGET2-Salden hängt also grundsätzlich von unserer Geldpolitik ab, von der quantitativen Lockerung und dem Nettoerwerb von Vermögenswerten. Wann immer von den Zentralbanken grenzüberschreitende Zahlungen für

die erworbenen Wertpapiere abgewickelt werden, kann sich dies auf die TARGET2-Salden auswirken.

Ich bin der Meinung, dass wir diese Salden von folgender Perspektive aus betrachten sollten: Die Tatsache, dass sie ansteigen, offenbart im Großen und Ganzen, zumindest meistens, unsere Geldpolitik. Wir beobachten dann Zuwächse, die von dieser Tendenz abweichen, was rechenschaftspflichtig ist und den größten Zuwachs bei TARGET2 verursacht. Das müssen wir uns sicher ansehen und wir überwachen das auch, aber aufgrund dessen hatten wir in bestimmten Ländern im vergangenen Jahr Erhöhungen der TARGET2-Salden und wieder Rückgänge zum Jahresende. Wie Sie sehen, ist es etwas schwierig, zu beurteilen, ob diese Salden Trends oder Kapitalströmen folgen.

Etwas allgemeiner ausgedrückt gibt es in jeder Währungsunion Länder, die ein Defizit zu verzeichnen haben und Länder, die einen Überschuss haben. Noch einmal: Wenn wir uns ansehen, was in den USA passiert – die eine vollkommeneren Währungsunion sind als wir –, dann ist zu sagen, dass dieser Zustand schon seit Hunderten von Jahren anhält, zirka 400 Jahre, seit Anfang ihres Bestehens, und die Währungsunion funktioniert weiterhin gut.

Ich verstehe, dass wir verschiedene Ansichten hier haben, aber der Schlüsselaspekt ist doch, soweit ich das einschätzen kann, weniger die Frage „Könnte ein Land zahlungsunfähig sein?“ oder „Könnte eine Zentralbank zahlungsunfähig sein?“, sondern eher eine andere Frage: „Funktioniert das Zahlungssystem dieser Währungsunion effizient und effektiv?“ Und die Antwort lautet meiner Meinung nach „Ja“.

1-013-0000

**Caroline Nagtegaal (ALDE).** – Herr Vorsitzender, ich möchte mich bei Präsident Draghi für seine Anwesenheit bedanken und habe zwei Fragen. Die erste bezieht sich auf die neue Wirtschaftsprognose, die letzte Woche in meinen Newsfeed eingegangen ist, und eine eventuelle Abschwächung des Handels – die auch Sie erwähnt haben –, die teilweise infolge der protektionistischen Bewegungen wie dem Brexit und auch der Maßnahmen der Trump-Regierung eintreten könnte, was Auswirkungen auf das globale Wirtschaftswachstum haben könnte. Könnten Sie, Präsident Draghi, bitte dem Parlament versichern, dass die Europäische Zentralbank im Falle eines kräftigen Konjunkturabschwungs über ausreichend Handlungsspielraum verfügt? Das ist meine erste Frage.

Die zweite ist eher technischer Natur und bezieht sich auf die Referenzwerte. Die EZB stellt das Sekretariat der Arbeitsgruppe zu risikofreien Zinssätzen für das Euro-Währungsgebiet und ich nehme sehr erfreut zur Kenntnis, dass diese Arbeitsgruppe gute Fortschritte erzielt hat und dass die Reform der Benchmarks in Sicht ist. Könnten Sie, Herr Draghi, bitte Näheres zur Umstellung von EONIA (Euro Overnight Index Average) auf ESTER (Euro Short-Term Rate), dem neuen Eintages-Benchmark der EZB sagen? Sind Sie sich zudem sicher, dass die Marktteilnehmer diesen neuen Index nutzen werden und dass sich potenzielle Probleme mit Altverträgen in Grenzen halten werden?

Diese Frage hat aber noch eine Fortsetzung. Denn jetzt wird die Euro Interbank Offered Rate (Euribor) in eine Hybrid-Variante umgewandelt, die aber zu einem gewissen Grad immer noch auf der subjektiven Einschätzung der Panel-Banken basiert. Und ist es Ihrer Meinung nach machbar, angesichts des beschränkten Gestaltungsspielraums im Rahmen der Referenzwerte-Verordnung bezüglich einer verpflichtenden Beteiligung eine dauerhafte Lösung einzurichten, die vollständig datengesteuert ist?

1-014-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Wie Sie gesagt haben, hat der letzte EZB-Rat erkannt, dass sich das Gleichgewicht in Bezug auf Risiko und Wachstum verschoben

hat, und hat auch das Ausmaß und die Dauer der Konjunkturabschwächung erkannt. Zumindest einige der Gründe dafür haben Sie genannt.

Bevor ich jetzt zur politischen Reaktion übergehe, will ich sagen, dass die Diskussion im EZB-Rat ergeben hat, dass der Schlüsselfaktor, den wir beachten müssen, der Fortbestand all dieser verschiedenen Ursachen ist, der verschiedenen geopolitischen Faktoren – zum Beispiel des Protektionismus. Viele Ratsmitglieder haben ausdrücklich gesagt, dass sich der Abschwung wahrscheinlich lindern ließe, wenn auf einmal Klarheit und Eintracht in den Handelsbeziehungen zwischen den USA und China herrschen würden.

Eine andere Ursache ist die Angst im Zusammenhang mit den Brexit-Verhandlungen. Es ist völlig klar, auch wenn es – wie ich schon viele Male zuvor gesagt habe – gesamtwirtschaftlich betrachtet für den Euro-Raum nicht wirklich ein großes Problem darstellt (auch wenn ich an dieser Stelle noch schnell einfügen muss, dass es gewisse Länder gibt, die stärker betroffen sind und andere weniger), dass es noch ein weiteres Element gibt, auf das ich die Menschen aufmerksam machen möchte, nämlich dass die Wertschöpfungsketten innerhalb der Union sehr schwierig zu identifizieren sind. Wir können also lokal auftretende Angespanntheit infolge dieser Umstände ganz und gar nicht ausschließen. Die Tatsache, dass diese Verhandlungen so in die Länge gezogen werden, schürt jedoch Ängste, aber das ist ein anderes Thema.

Weiter gibt es natürlich im gesamten Euro-Währungsraum politische Entwicklungen, den Abschwung in China – noch einmal, wir sind der Überzeugung, dass die dortige Regierung angemessene Maßnahmen ergreifen wird, wir sind sicher, dass eine politische Reaktion erfolgt – und die nachlassenden Auswirkungen der Fiskalpolitik in den USA. Es gibt viele Faktoren wie diese.

Die Antwort, soweit es unsere Politik betrifft, ist „Ja“: Wir haben die Instrumente, und diese Instrumente beginnen in der Tat bereits, ihre Wirkung zu entfalten, dank der erweiterten Hinweise auf die künftige Zinspolitik, die wir haben, die besagen, dass die Zinssätze mindestens über den Sommer auf niedrigen Niveaus verharren werden und... Lassen sie mich das vorlesen: „Wir gehen weiterhin davon aus, dass sie mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht sicherzustellen.“ Nicht nur das, sondern wenn wir uns mit dem Investmentteil befassen, sagen wir, dass wir beabsichtigen, „die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem wir mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnen, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten“.

Die Hinweise auf die künftige Zinspolitik sind also auf diese Weise in den Anlageplan integriert und wir haben gesehen, dass dies sofort funktioniert hat. Als wir letztes Jahr im Juni das Ende des Nettoerwerbs von Vermögenswerten angekündigt haben, haben die Märkte nicht negativ reagiert. Im Gegenteil, seitdem sind die Zinssätze sogar gesunken. Die Zinsstrukturkurve ist abgeflacht und hat sich, wie wir sagen, nach rechts verschoben, was im Wesentlichen bedeutet, dass die Erwartungen bezüglich weiterer Zinserhöhungen in fernere Zukunft als nach dem Ende des Sommers gerückt wurden. Dies ist an sich schon eine Reaktion auf die Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Unterm Strich sieht es also so aus, dass wir nicht nur über diese Instrumente verfügen, sondern diese Instrumente bereits begonnen haben, auf die abgeschwächte Dynamik zu reagieren.

Bezüglich der Referenzwerte arbeiten, wie Sie bereits gesagt haben, die Euribor-Verwalter an der Reform, mit der die Konformität mit den Anforderungen der Referenzwerte-Verordnung erreicht werden soll. Das endgültige Ergebnis all dieser Anstrengungen werden wir im Laufe

dieses Jahres erfahren. In der Zwischenzeit betrachtet die Arbeitsgruppe auch ein Szenario, in dem der reformierte Euribor möglicherweise nicht konform ist. Wir können keinen Kommentar zur Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios abgeben, aber wir können sagen, dass es angebracht ist, diese zu analysieren, wenn man bedenkt, dass die Ermittlung möglicher Lösungen dem privaten Sektor obliegt, gemeinsam mit den einschlägigen Behörden, der GD FISMA und der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA).

Zur Festlegung eines längerfristigen Zinssatzes durch die EZB muss ich mich klar ausdrücken: Wir sind nicht – die EZB ist nicht – in einer Lage, in der wir Referenzzinssätze angeben können, die über die Fälligkeit am folgenden Geschäftstag hinausgehen, da wir aufgrund der unzureichenden Anzahl von Transaktionen keine rein transaktionsbasierte Methode verwenden können. Das bedeutet, dass zuweilen für die Festlegung von solchen Zinssätzen ein fachmännisches Urteil erforderlich ist, wobei dieses Urteil nicht von einer Zentralbank kommen kann. Es sollte die Kreditkosten der Kreditinstitute unter den üblichen Marktbedingungen widerspiegeln. Gleichzeitig könnte jedoch ein Interessenkonflikt oder ein vermeintlicher Interessenkonflikt entstehen, wenn ein von einer Zentralbank ausgestelltes fachmännisches Urteil so interpretiert würde, dass ein Bezug zum geldpolitischen Kurs besteht. Die Entwicklung von geeigneten Lösungen hat daher vielmehr in Reaktion auf die Herausforderungen, die zu ermitteln nur der private Sektor in der Lage ist, zu erfolgen.

1-015-0000

**Philippe Lamberts (Verts/ALE).** – Guten Tag, Präsident Draghi. Es ist stets eine große Freude, wenn Sie hier sind, und hoffentlich werden wir noch einmal miteinander sprechen, ehe Ihre Amtszeit endet. Ich habe vor, auch im nächsten Parlament vertreten zu sein.

Lassen Sie mich mit einem Diskussionsthema fortfahren, das wir bereits einige Male besprochen haben. Mir gefällt die Art, in der Sie die Geschichte des Euro dargelegt haben, als eine Bündelung von Souveränität, und ich möchte Ihnen in dieser Hinsicht teilweise zustimmen, dass es vor dem Euro zwei Hebel der Geld- und Haushaltspolitik gab, die das gleiche geografische Gebiet abdeckten, nämlich den Mitgliedstaat, den Nationalstaat. Wir haben beschlossen, die Geld- und Währungspolitik zu bündeln, jedoch ohne auch die Haushaltsmittel zu bündeln. Damit meine ich, dass die Geldpolitik natürlich niemals auf alle Teile des Landes perfekt abgestimmt sein kann, wenn Sie eine Geldpolitik in einem homogenen Staat – was die meisten Staaten sind – umsetzen, und das ist der Punkt, an dem Sie das haushaltspolitische Instrument zum Einsatz bringen müssen, um Ihr Land wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Selbstverständlich ist es so, dass Sie etwas an Souveränität einbüßen, wenn Sie die Geldpolitik bündeln, ohne zu einem gewissen Grad auch die Haushaltspolitik zu bündeln.

Ich habe den europäischen Integrationsprozess noch niemals im Sinne eines Verlustes an Souveränität betrachtet, aber in diesem Fall ist es eine Tatsache, dass Sie auf der Ebene der Föderation – das ist die Europäische Union – nicht das gleiche Maß an Souveränität finden, wie Sie das von der nationalen Ebene kennen.

Selbstverständlich gibt es zwei Antworten auf dieses Problem. Entweder erlangen Sie auf nationaler Ebene wieder Kohärenz, zum Beispiel indem Sie aus dem Euro-Raum austreten, wobei Sie wissen, dass dies nicht unser Wunsch ist, oder Sie bringen die fehlenden Glieder oder fehlenden Elemente auf föderaler Ebene ein, z. B. durch einen Haushalt für den Euro-Raum mit der Möglichkeit, Steuern zu erheben. Damit meine ich eine richtige Finanzbehörde, die in der Lage ist, Steuern einzuziehen und Steuergelder auszugeben. Das ist unsere Ansicht und ich respektiere die Ansichten jener, die das nicht wollen und meinen, dass wir das Gegenteil anstreben sollten, das heißt den Euro verlassen.

Ich möchte jedoch gerne Ihre Gedanken dazu erfahren, weil ich nicht glaube, dass eine Konstruktion, die ausschließlich regelgestützt ist, tatsächlich funktionieren kann.

1-016-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Nun, das ist keine einfache Frage, aber werfen wir zuerst einen Blick auf die Geld- und Währungspolitik. Bis zum Maastricht-Vertrag hatte jedes Land seine eigene Geld- und Währungspolitik. Tatsächlich hatten die meisten Länder aber keine Souveränität bezüglich der Währungs- und Geldpolitik.

*(Kommentar aus dem Publikum: „Deutschland hatte das.“)*

Sie haben Recht, Deutschland hatte das. Aber alle anderen Länder hatten folgende Wahlmöglichkeiten: entweder ihre Zinssätze an die deutschen Zinssätze anzupassen oder schrittweise eine Abwertung vorzunehmen und dann Souveränität in der Geldpolitik zu fordern. Aber auch diejenigen, die regelmäßig abgewertet haben, hatten faktisch keine Souveränität, denn wenn man sich ansieht, an was Souveränität festgemacht wird – nämlich Preisstabilität und Kontrolle über die Inflation und die Arbeitslosigkeit –, dann sind diese Länder sogar noch schlechter damit gefahren als diejenigen, die ihre Zinssätze angepasst haben, wenn Sie sich die Zahlen über einen Zeitraum von 15-20 Jahren ansehen.

Diese Situation wurde durch die Schaffung der Institution der Europäischen Zentralbank überwunden, womit sogar die Länder, die vorher keine Souveränität hatten, Souveränität verloren hatten oder keine Glaubwürdigkeit besaßen, ihre Souveränität und Glaubwürdigkeit wiedergewinnen konnten. Im finanzpolitischen Bereich gestaltete sich dieser Prozess etwas schwieriger, aufgrund des intrinsischen politischen Kerns der Haushaltsentscheidungen und der parlamentarischen Kontrolle über solche Entscheidungen, die auf nationaler Ebene ausgeübt wird. In gewisser Weise könnte man so argumentieren, dass die gleiche parlamentarische Kontrolle nicht ausgeübt wurde, solange nur die Geld- und Währungspolitik betroffen war, auch vor dem Euro; historisch betrachtet war es aber anders – manchmal wurde es gemacht und manchmal nicht. So sah im Wesentlichen die Situation aus.

Vor diesem Hintergrund wurde die regelgestützte Route eingeschlagen. Was führt im Rahmen eines regelgestützten Systems dazu, dass Sie nicht Ihre Souveränität einbüßen? Nun, wenn die Regeln nicht verbindlich sind. Wenn die Regeln nicht verbindlich sind – natürlich im Durchschnitt betrachtet, da es Zeiten gibt, in denen sie verbindlich sind und Zeiten, in denen sie nicht verbindlich sind – erlangt das Land seine Souveränität zurück. Aber wie kann das sein? Nun, ein Land büßt seine Souveränität ein, wenn die Schuldenquote zu hoch ist, und wenn die Schuldenquote zu hoch ist, gibt es auch keinen Bedarf für Vorschriften, um die Souveränität des Landes einzuschränken, das wird dann von den Märkten geregelt. Die Märkte sagen den Ländern, was finanzierbar ist und was nicht und was glaubwürdig ist und was nicht. Das Land verliert also seine Souveränität – unabhängig von Vorschriften oder Institutionen –, wenn die Schuldenquote so stark ansteigt, dass jede politische Maßnahme von den Märkten geprüft werden muss, das heißt durch Menschen, die nicht wählen gehen und außerhalb des Prozesses der demokratischen Rechenschaftspflicht stehen. Deshalb gibt es so starke Ressentiments, aber es ist eine Tatsache, die Lebensrealität ist. Die Schulden wurden durch politische und strategische Entscheidungen der Regierungen dieser Länder erzeugt. Ich denke, das ist einer der Gründe.

Was ist dann die positive Wirkung von Vorschriften? Dass sie, wenn sie befolgt werden, die Konvergenz fördern, die ein weiterer Teil der Souveränität ist. In einem Währungsgebiet kann man keine Souveränität erlangen, wenn die Wirtschaft Ihres Landes regelmäßig oder dauerhaft abweicht, wenn das Land im Hinblick auf Reformen und Wettbewerbsfähigkeit hinterherhinkt und obendrein noch hoch verschuldet ist. Noch einmal: Ich denke, ich würde Ihnen zustimmen, dass die Gründe für einen Verlust an Souveränität etwas mit den Rahmenbedingungen und den Vorschriften zu tun haben – wobei dieses Problem teilweise dadurch gelöst werden könnte, dass man von Vorschriften abkommt und stärker auf Institutionen setzt –, doch schon lange vorher muss man politische Maßnahmen einsetzen. Die Souveränität geht durch eine falsche Politik verloren.

1-017-0000

**Philippe Lamberts (Verts/ALE).** – Wir brauchen also keinen Haushalt für das Euro-Währungsgebiet?

1-018-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Nein. Ich denke, wir benötigen eine Kombination von Maßnahmen, vor allem aufgrund dessen, was ich in meiner einführenden Rede gesagt habe.

1-019-0000

**Der Vorsitzende.** – Wir hatten für diese Zeit einen anderen Punkt angesetzt, aber da dies ein interessanter Punkt ist... Wenn Sie sich kurz fassen, dann holen wir das wieder auf, keine Sorge...

*(Einwurf von Präsident Draghi: „Ich habe vergessen, wo ich bin.“*

*(Gelächter)*

Ich bin mir sicher, dass es eine weitere Frage zur WWU geben wird, die Ihnen die Möglichkeit geben wird, die Ausführungen zum Haushalt des Euro-Währungsgebiets abzuschließen.

1-020-0000

**Bernard Monot (EFDD).** – Herr Präsident, ich möchte Ihnen auch sagen, dass ich den währungspolitischen Dialog während dieser Amtszeit sehr geschätzt habe. Ich teile Ihre Begeisterung über die Bilanz der EZB und die Vorteile des Euro, der einheitlichen Währung, jedoch nicht. Die sozioökonomischen Ergebnisse der letzten zwanzig Jahre sind in meinem Land Frankreich, wie auch in Ihrem Land Italien, ziemlich schrecklich, aber ich werde heute über etwas anderes reden.

Am 14. Dezember 2018 wurde auf dem Euro-Gipfel eine Reihe von Vorschlägen für den künftigen Europäischen Währungsfonds (EWF) gebilligt. Zu diesen Vorschlägen gehört die Verpflichtung zur Reform der Umschuldungsklauseln, der CACs, die in öffentlichen Schuldtiteln der Euro-Zone enthalten sind. Diese Reform betrifft die Schaffung einer Sperrminorität mit einem einzigen Gesamtschwellenwert von 25 % statt 33 % für jede Wertpapierlinie. Die zugrunde liegende Idee ist es, die Umstrukturierung der Verschuldung zu erleichtern.

Meine erste Frage ist: Um nicht in die Lage zu geraten, für die Umstrukturierung zu stimmen, darf die EZB nicht mehr Schulden eines Landes des Euro-Raums halten als der Schwellenwert der Sperrminorität. Die Zustimmung zur Umstrukturierung wäre in der Tat gleichbedeutend mit einer direkten monetären Finanzierung. Jedoch halten die EZB und das Eurosystem aufgrund des Plans zur quantitativen Lockerung derzeit ca. 25 % des Schuldenbestands des Euro-Raums. Ist die Entscheidung, die quantitative Lockerung zu beenden und diese Bestände bei 25 % zu stabilisieren, eine Folge dieser erwarteten Reform der CACs? Mit anderen Worten: Ist das Ende der quantitativen Lockerung nur mit den Inflationsaussichten im Euro-Raum oder auch mit der CAC-Reform verbunden?

Meine zweite Frage betrifft direkt den EWF. Die auf dem Euro-Gipfel angenommenen Schlussfolgerungen sehen vor, dass der EWF direkt mit privaten Gläubigern über die Umstrukturierung verhandeln kann. Befürchten Sie nicht, dass dieser neue Mechanismus für die Umstrukturierung von Staatsschulden Investoren in Panik versetzen wird, was prozyklisch und selbst erfüllend wirkt und schnell zu einem Zahlungsausfall führt? Werden somit die Existenz und die Vorrechte des EWF nicht potenziell erheblichen Beeinträchtigungen für Ihre Durchführung der Währungspolitik der EZB darstellen?

1-021-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Ich denke, dass die Antwort auf die erste Frage „Nein“ lautet. Wir haben im vergangenen Juni beschlossen, den Nettoerwerb von Vermögenswerten nicht fortzuführen. Nicht, weil wir an die Grenzen gestoßen sind – die wir uns übrigens selbst auferlegt haben –, sondern weil es in der Tat so ist, dass ich denke, dass wir diesen Spielraum haben. Der wichtigste Punkt bei dieser Entscheidung ist, dass dieser Bestand, den wir aufgebaut haben, wie Sie gesagt haben, zirka 25 % der gesamten langfristigen Staatsschuldverschreibungen im Euro-Raum enthält, was so viel ist, dass die Nettozugänge auf diesen Bestand immer geringere Auswirkung hatten. Wir sind also zuversichtlich, dass wir anhand des Bestands, den wir erzielt haben, mit der akkommodierenden Geldpolitik fortfahren können – dem Konjunkturprogramm –, die notwendig war und ist, damit die Inflation sich in die von uns gewünschte Richtung entwickelt. Was wir seit Juni beobachtet haben, wie ich schon zuvor gesagt habe, ist, dass die Zinssätze gesunken sind und die gesamte Zinsstrukturkurve stärker akkommodierend geworden ist. All das hat uns gezeigt, dass eine restriktivere Geldpolitik nicht in Frage kam, sondern dass die akkommodierende Geldpolitik etabliert war und Bestand haben würde.

Die zweite Frage betraf die Rolle des Europäischen Währungsfonds (EWF). Derzeit hat der EWF kein explizites Mandat zur Neuverhandlung von Schulden mit den Ländern. Die einschlägige Formulierung wurde sehr sorgfältig ausgearbeitet und umfasst, wenn ich mich nicht irre, dass er die Funktion eines Vermittlers einnimmt, und zwar genau aus den Gründen, die Sie erwähnt haben, Herr Monot.

Es ist doch klar, dass hohe Schuldenstände in einigen Ländern ein Problem darstellen, aber es ist auch klar, dass jede Überlegung diesbezüglich die Stabilität des Finanzsystems berücksichtigen sollte, weil Sie keine Kur haben wollen, die schlimmer ist als die Krankheit. Ebenso klar ist, dass diese hohen Stände seit 20 Jahren oder noch länger bestehen. Es war also im Grunde eine sorgfältige und vorsichtige Überlegung, zu sagen, dass der EWF eine bestimmte Rolle im Falle einer Neuverhandlung haben würde, aber ich denke nicht, dass irgendjemand gedacht hätte, dass der EWF eine solche Neuverhandlung einleiten könnte.

Der EWF selbst kann übrigens als Intermediär bei Neuverhandlungen bezüglich der Verbindlichkeiten eines Landes auftreten, wenn dieses im Rahmen eines Programms beschließt, dass es seine Schulden neu verhandeln muss.

1-022-0000

**Danuta Maria Hübner (PPE).** – Herr Vorsitzender, ich möchte mich kurz bei Präsident Draghi bedanken: Ich möchte sagen, dass diese Dialoge für mich eine unersetzliche Quelle von Wissen waren, Präsident Draghi. Deshalb vielen Dank dafür.

Ich hätte zwei kurze Fragen. Zuerst möchte ich das Thema der Beendigung des Nettoerwerbs von Vermögenswerten aufgreifen und die Verschiebung zu dieser Reinvestitionsphase. Sie haben über die Hintergründe gesprochen. Und meine Frage an Sie ist: Habe ich es richtig verstanden, dass Sie als Europäische Zentralbank in dieser Periode anderen Parametern bei der Entscheidungsfindung Beachtung schenken als dies in den Jahren der Fall war, in denen im Rahmen des Programms der Nettoerwerb von Vermögenswerten vorgesehen war, also dass Sie in Bezug auf Wiederanlagen auf andere Parameter schauen? Oder ist es das Gleiche, aber vielleicht in einer unterschiedlichen Intensität?

Meine zweite Frage lautet: Sind Sie bereits jetzt schon in einer Position, in der Sie auf die ganze Phase der quantitativen Lockerung zurückblicken und erkennen können, ob Anzeichen dafür vorliegen, ob oder wie sich der Mechanismus für die Übertragung der Geldpolitik in dieser Phase der quantitativen Lockerung weiterentwickelt oder verändert hat?

1-023-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Was aufgrund des Wegfalls des Nettoerwerbs von Vermögenswerten geschehen ist, die, was ich bereits gesagt habe, die bestehenden Bestände eher stabilisiert als reduziert haben, ist das, was wir eine Rotation der Instrumente aus dem Nettovermögensbestand nennen. Jetzt sind das wichtigste Instrument unserer Geldpolitik die Hinweise auf die künftige Zinspolitik, weshalb der Fokus auf den Zinssätzen und Wiederanlagen liegt. Und eine naheliegende Frage, die vor dem Ende des Nettoerwerbs von Vermögenswerten gestellt wurde, lautete: Nun ja, aber wie lange werdet ihr den Rückkauf der Anleihen, die das Ende ihrer Laufzeit erreichen, fortführen? In anderen Worten ausgedrückt: Wann wird die Größe des Bilanzvolumens reduziert werden, wie es die Fed derzeit macht?

Die Antwort darauf war, sich an der ersten Leitzinsanhebung zu orientieren, die für nach dem Sommer festgelegt ist – oder aber an der Situation, je nachdem, ob es notwendig ist, weiterzumachen, wie ich erst vor Kurzem gelesen habe. Es gab also eine Rotation der Instrumente aus dem Nettovermögensbestand von der vorherigen Aufstellung zur gegenwärtigen.

Der Beweis, welchen Beitrag die quantitative Lockerung zur Lösung der Krise geleistet hat, ist wirklich ziemlich überwältigend. Wenn wir 2014 als Referenzzeitraum heranziehen, dann haben wir ab Mitte 2014 eine lange Referenzliste von Indikatoren, die den Einfluss der quantitativen Lockerung zur Bewältigung der Krise aufzeigen: die Zinssätze, die Kreditvergabe der Banken – und wir haben auch Zahlen, die im Grunde zeigen, dass die quantitative Lockerung im Verlauf von drei Jahren, allein zwischen 2016 und 2019, zu einer Steigerung des Wachstums um 1,9 % und einer um 1,9 % höheren Inflation beigetragen hat. Dies ist eine sehr vereinfachte Zusammenfassung der statistischen Daten und ich möchte nicht zu viel hineininterpretieren, es geht nur darum, die Sache zu veranschaulichen. Aber wenn wir alle Aspekte des Finanzsystems einbeziehen: Lassen Sie uns nicht die Fragmentierung des Finanzmarkts vergessen, die wir 2014 erlebt haben, als wir die Zinsen immer weiter gesenkt haben und keine Reaktion im Hinblick auf eine Leitzinssenkung vonseiten der Banken in vielen Ländern erhalten haben, obwohl sie in einigen Ländern, ja, dort wurden sie gesenkt. Die Fragmentierung des Finanzmarkts hatte folgende Auswirkungen: Innerhalb einer Kapitalgesellschaft haben zwei Unternehmen oder zwei Niederlassungen, eine in einem gefährdeten Land, die andere in einem Kernland, ganz unterschiedliche Zinssätze gezahlt, wenn sie Kredite bei Banken aufgenommen haben. Jetzt ist das aber nur noch eine vage Erinnerung, dank der quantitativen Lockerung und anderer geld- und währungspolitischer Maßnahmen, und nicht nur derjenigen, die wir unternommen haben.

1-024-0000

**Paul Tang (S&D).** – Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Präsident Draghi, es ist immer gut, wenn Sie hier sind und unsere Fragen beantworten. Ich weiß das zu schätzen.

Ich finde, dass die Belastbarkeit des Euro-Währungsgebiets immer ein Diskussionsthema ist und ich merke, dass Sie betonen – nicht nur Sie, sondern viele Zentralbanker –, dass die Belastbarkeit des Euro-Währungsgebiets von einer privaten Risikoteilung abhängt. Wir müssen aber einsehen – und das überrascht mich immer ein wenig –, dass die private Finanzierung mit Risikoteilung im Euro-Raum immer noch sehr begrenzt ist und auch bei der Kapitalmarktunion keine gewaltigen Fortschritte gemacht wurden. Ich meine, es wurden drei von 13 Vorschlägen angenommen. Was sagen Sie denn zum Fortschritt bezüglich der Kapitalmarktunion? Hat er zur Widerstandsfähigkeit des Euro-Raums beigetragen? Das ist meine erste Frage.

Die zweite bezieht sich auf eine nachhaltige Finanzwirtschaft. Ich war sehr erfreut über die Rede von Benoît Coeuré in Berlin, in der er die Rolle dargelegt hat, die die EZB in einer nachhaltigen Finanzwirtschaft hat. Ich war erfreut, weil ich denke, wenn wir diesen Wandel zu einer nachhaltigen Finanzwirtschaft wollen – und wir wollen diesen Wandel –, dass den



Aufsichtsgremien eine führende Rolle zukommt, insbesondere der EZB. Das ist auch eine Frage der Widerstandsfähigkeit. Wir werden eine Umstellung auf eine nachhaltige Wirtschaft mit Schocks erleben und dann wird die Forderung nach einer Geldpolitik laut werden, die darauf reagieren muss. Sind Sie der Meinung, dass sich die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken und die Klimaschutzpolitik derzeit in den Preisen niederschlagen oder ist zu erwarten, dass es turbulent wird, wenn die Länder versuchen, das Übereinkommen von Paris umzusetzen?

1-025-0000

**Mario Draghi**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Ich stimme Ihnen zu, dass die Kapitalmarktunion und der Abschluss der Bankenunion unter dem Gesichtspunkt der Risikoteilung machtvolle Instrumente wären. In gewisser Weise lässt dies die Einrichtung eines Haushalts weniger dringend erscheinen, wenn auch weiterhin wichtig. Wie wir in den Vereinigten Staaten sehen können, wird ein wesentlich höherer Prozentsatz der Schocks von den Finanzmärkten absorbiert, vom privaten Sektor, als dies im Euro-Raum der Fall ist, und dementsprechend wird im Euro-Raum auch ein viel größerer Teil der Schocks von den nationalen Haushalten absorbiert als in den USA oder in anderen Währungsgebieten.

Es werden nur langsam Fortschritte gemacht. Dennoch denke ich, dass es immer deutlicher wird und zunehmend inakzeptabel ist, wenn an beiden Fronten Untätigkeit herrscht. Wir müssen nachdenken und uns entscheiden: Wenn es heißt „Wir wollen keinen Haushalt“, dann müssen wir mit der Bankenunion und der Kapitalmarktunion weitermachen.

Es ist natürlich einfach, zu sagen, dass es politische Fragen und politische Probleme gibt – und ich denke, dass wir in unserer Funktion als Zentralbanker diesbezüglich Demut zeigen müssen, denn am Ende handelt es sich dabei um wichtige politische Entscheidungen –, aber eine klare Linie bei den Maßnahmen zu verfolgen bedeutet doch, gemeinsam voranzuschreiten mit einer Risikosenkung und einer Risikostreuung, und dabei geht es darum, das richtige Tempo zu finden. Ich würde sagen, dass der Gipfel im Dezember gezeigt hat, dass eine Absicht besteht, weiter vorzurücken: Es wurden einige erste Schritte unternommen und einige Mandate für eine weitere Untersuchung ausgewählter Fragen erteilt, mit denen man sich seit einem Jahr oder länger nicht befasst hat. Es gibt also eine Bewegung, und natürlich sollten wir schneller arbeiten, aber letztendlich wird eine Eigendynamik entstehen, denke ich. Diesbezüglich müssen wir hoffnungsvoll sein.

Bezüglich des Klimawandels ist deutlich im Zeitablauf festzustellen, dass die Risiken, die mit dem Klimawandel zusammenhängen, sich mehr und mehr bemerkbar machen: mehr als noch vor einiger Zeit, auch noch vor fünf Jahren. Lassen Sie uns aber nicht nur den Bankensektor ansehen, sondern auch den Sektor der Versicherungsunternehmen. Ich denke, dass sich alle Versicherer der Risiken, die mit dem Klimawandel zusammenhängen, mehr bewusst sind als noch vor vier oder fünf Jahren. Das wird sich ganz sicher zu etwas entwickeln, womit sich die Versicherungsaufsicht genauer befassen muss, aber zu sagen, dass es eine einfache Umstellung wird? Ich denke, es muss und wird ein Kulturwandel stattfinden, weshalb wir alle in diese Richtung arbeiten müssen. Ich stimme dem, was Herr Cœuré in seiner Rede gesagt hat, voll und ganz zu.

1-026-0000

**Werner Langen (PPE)**. – Herr Vorsitzender, Herr Präsident! Ich möchte das Lob, das einige Kollegen vorgetragen haben, hier auch ergänzen. Sie haben hier im offenen Dialog auch schwierige Zeiten überstanden, da wurde viel kritisiert, und man kann heute sagen: Der Euro ist ein Erfolg. Und ich erinnere mich noch an die Abschiedsrede des US-Notenbankpräsidenten Greenspan im Kongress – da waren wir damals mit dem ECON-Ausschuss –, als er gesagt hat: Der Euro wird scheitern. Heute kann man sagen: Das war alles falsch. Daran hat die EZB einen wesentlichen Anteil, das kann man so sagen. Sie haben eben gesagt: Wir müssen die Mängel beseitigen, die nationalen Reformen, die Projekte abschließen. Die drei Stichworte habe ich mir aufgeschrieben. Ich habe drei Fragen dazu.

Erstens: Wenn die Zuverlässigkeit der Fiskalpolitik immer wieder in Frage stand, was würden Sie vorschlagen, welche zusätzlichen Kompetenzen sollte der Währungskommissar erhalten, um die Einhaltung der Fiskalregeln durchzusetzen? Eine Wirtschaftsregierung oder einen europäischen Finanzminister werden wir nicht kriegen, insofern sind die Dezemberbeschlüsse ja eher enttäuschend im Hinblick auf das große Bild, das gezeichnet wurde.

Die zweite Frage ist die Konstruktion der EZB. Gehört das zu dem Reformpaket? Es ist immer wieder beanstandet worden, dass in der EZB jeder Mitgliedstaat eine Stimme hat und nicht nach Kapitalanteilen abgestimmt wird, weil zum Beispiel die Target-Ziele und andere Aufkaufprogramme natürlich im Endeffekt nach Kapitalanteilen abgerechnet werden. Können Sie dazu etwas sagen?

Und das Dritte: In den letzten Tagen ist aufgrund der konjunkturellen Probleme und der weltweiten Turbulenzen mehrfach von Wissenschaftlern über die Frage des Weges zurück von den Aufkaufprogrammen Richtung Fed oder des Weges hin zu der japanischen Regulierung gesprochen worden. Die japanische Notenbank hat keine Beschränkung, was den Aufkauf von Staatsanleihen und Unternehmensaktien angeht. Wie sehen Sie den richtigen Mittelweg, Herr Präsident?

1-027-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Ich bitte um Entschuldigung, aber ich bin mir nicht sicher, ob ich die erste Frage verstanden habe.

1-028-0000

**Werner Langen (PPE).** – Ich will das kurz ergänzen. Die erste Frage war: Sollte der Währungskommissar im Rahmen der Reformen mehr Rechte erhalten, weil die Mitgliedstaaten die fiskalpolitischen Dinge, die sie selbst unterschrieben haben, nicht ausreichend eingehalten haben?

1-029-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Vielen Dank! Im Hinblick auf die Zukunft haben Sie mir eine Frage gestellt, bei der meine Antwort in der Tat etwas voreingenommen ausfällt. Ich werde aber zuerst die zweite Frage beantworten.

Sie fragen, ob die Europäische Zentralbank in der Zukunft Teil dieses Reformpakets sein sollte. Wie ich bereits gesagt habe, bin ich diesbezüglich ein voreingenommener Beobachter, und wir sind mit der geltenden Satzung sehr zufrieden. Mein Gefühl sagt mir, dass wir, wenn wir eine Diskussion über die Satzung der EZB neu eröffnen würden, das unter zwei Bedingungen machen könnten: erstens, falls der Europäische Gerichtshof ein Verhalten festgestellt hat, das einen Verstoß gegen die Satzung darstellt, oder wenn Gründe für eine Überarbeitung der Satzung vorliegen, was aber bisher nicht der Fall war, und zweitens, falls die EZB ihr Mandat gemäß der geltenden Satzung nicht erfüllt hat, was hoffentlich auch nicht zutrifft. Ich kann keine Entwicklung in der Zukunft ausschließen, aber wir scheinen derzeit ziemlich weit von einer Wiederaufnahme der Debatte über die Verträge in dem von Ihnen vorgeschlagenen Ausmaß und Umfang entfernt, Herr Langen.

Zur ersten Frage muss ich mich entschuldigen. Was ist ein „Währungskommissar“?

*(Der Vorsitzende: „Es gibt einen Kommissar für Finanzen. Wie können wir die Finanzvorschriften wirksam durchsetzen?“)*

Ok, es wurde als „Währungskommissar“ übersetzt und ich habe nicht verstanden, was ein Währungskommissar sein soll. Wir befinden uns in einer Phase, in der wir auf die vergangenen 20 Jahre zurückblicken und vergleichen können, wie sich die Integration der Geld- und Währungspolitik entwickelt hat und wie sich die Integration der Finanzpolitik entwickelt hat,

und ich denke, dass alle von uns der Meinung sind, dass der zuerst genannte Bereich bessere Ergebnisse als der zweite geliefert hat.

Wir werden also weiter daran arbeiten. Wie diese Institution arbeiten wird, ist eine offene Frage. Es ist eine wichtige Frage. In anderen Worten ausgedrückt: Einige von uns sind davon überzeugt, dass dies das Ziel ist. Dennoch glaube ich nicht, dass irgendjemand von uns mit absoluter Sicherheit weiß, wie die Governance dieser Institution aussehen wird.

Lassen Sie mich noch eine Sache hinzufügen, die wirklich bedeutsam ist. Wenn wir uns ansehen, wie die Euro-Gruppe arbeitet – sie besprechen untereinander ihre Haushalte, auch die Haushaltspläne, werden unterstützt von der Kommission und haben möglicherweise eine Kontrolle der Maßnahmen im Vorfeld – nun, dann sind wir noch nicht so weit gekommen wie die Euro-Gruppe, denn was wir sind, ist ein potenzieller Embryo einer Institution wie dieser. Das ist alles, was ich derzeit dazu sagen kann, aber es ist ein sehr weites Thema.

1-030-0000

**Peter Simon (S&D).** – Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Draghi! An dieser Stelle – nachdem wir schon einiges über die letzten Jahre und die Politik der EZB zur Bewältigung der Krise gehört haben – möchte ich auch meinen Teil noch dazu beitragen, indem ich Ihnen etwas sage, was ich Ihnen im persönlichen Gespräch schon einmal sagte: Es ist meine feste Überzeugung. Dafür, dass Sie damals, als die Politik in den Hauptstädten nicht in der Lage war, Politik zu machen, als einziger die richtige Politik gemacht haben, die uns heute alle noch Mitglieder der Euro-Zone sein lässt und die den Euro aus damaliger Sicht gerettet hat, sind wir Ihnen alle zu großem Dank verpflichtet.

Ich habe eine Frage hinsichtlich der Vollendung der Bankenunion, die Sie als alternativlos angesprochen haben, wenn man denn einen europäischen Haushalt nicht wolle. Sie haben nicht das Wort „alternativlos“ benutzt, aber Sie haben gesagt: Man muss sich entscheiden – entweder ein gemeinsamer Haushalt oder die Bankenunion. Nun befinden wir uns in einer Situation, wo das Vertrauen der Mitgliedstaaten zueinander in den letzten Jahren leider nicht zu-, sondern abnimmt. Und wenn wir uns anschauen, was wir am meisten brauchen, um die Bankenunion zu vollenden – Sie sprechen jetzt hier natürlich die gemeinsame Einlagensicherung an, die fehlt ja noch –, dann es ist das Vertrauen in die handelnden Akteure, dann ist es das Vertrauen in die Banken, die angeschlossen sind, aber auch das Vertrauen in die dahinter stehenden Staaten. Wenn wir jetzt überlegen, wie wir ein solches Vertrauen aufbauen könnten: Gibt es aus Ihrer Sicht Wege, die wir hier noch nicht besprochen haben, die aber vielleicht schon einmal durchdiskutiert waren? Wir haben einmal einen Altschulden-Tilgungsfonds in der Diskussion gehabt. Er ist verschwunden. Welche Wege, Altschulden-Tilgungsfonds oder andere, können wir einschlagen, um losgelöst von Sanktionen – das war der Ansatz, den der Kollege Langen eben in die Diskussion geworfen hat – hier im Sinne eines Anreizsystems voranzukommen, um tatsächlich das Vertrauen aufzubauen, das wir für jeden weiteren Schritt benötigen?

1-031-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Ich stimme Ihnen zu und denke, dass ich schon mehrfach darauf hingewiesen habe. Vertrauen und Konvergenz sind die zwei Säulen, auf denen der Fortschritt bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion aufbaut. Konvergenz kann erreicht werden durch ein dynamisches Wirtschaftswachstum sowie durch Strukturreformen. Es geht um beides, nicht nur um Vertrauen. Und ganz gleich, was die Absichten sind – ohne Konvergenz kann es kein Vertrauen geben, oder wenn das Land schwächer und schwächer wird. Es müssen also beide Säulen vorhanden sein.

Wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf die politischen Maßnahmen beschränken, kann Vertrauen vor allem dadurch wiedergewonnen werden – gewonnen oder wiedergewonnen, je nachdem – wenn die ungelösten Probleme gelöst werden, die den Fortschritt so erschwert haben. Darunter fallen Altlasten, beispielsweise die Probleme mit notleidenden Darlehen

einigen Ländern, die Aktiva der Stufe 2 und 3 in anderen Ländern, der Schuldenstand in einigen Ländern und die Staatsschulden in den Bankbilanzen in bestimmten anderen Ländern. All dem muss Rechnung getragen werden, und die eingesetzten Maßnahmen sollten von guten Vorsätzen und Zusagen zur Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Risikoteilung begleitet werden – und einem klar identifizierten und definierten politischen Kurs folgen. Die EZB vertrat immer die Haltung, dass diese beiden Dinge Hand in Hand gehen müssen und dass es einen gut ausgearbeiteten Zeitplan mit festgesetzten Daten geben sollte, und festgelegten Zahlen.

Ich denke, dass der Gipfel im Dezember diesbezüglich neue Impulse gegeben hat. Es gibt eine hochrangige Arbeitsgruppe, der die Befugnis übertragen wurde, am europäischen Einlagenversicherungssystem (EDIS) zu arbeiten, und die Tatsache, dass sie einen umfangreichen Aufgabenbereich haben muss, wurde gebilligt. Was die EZB betrifft, sollte das Ziel dieses Prozesses in einem System bestehen, das in allen Ländern zur Anwendung kommt. Es kann gut sein, dass es lange dauern wird, bis wir das erreichen, aber in diesem Bereich, wie auch bei vielen anderen Aspekten der Debatte über die Vertiefung der Währungsunion, setzt ein fixer Zielpunkt im Hinblick auf die Risikominderung und -teilung enorme Energien frei, bei beiden Seiten. Das sollte – zumindest unserer Ansicht nach – der Weg nach vorn sein, für beide Seiten.

1-032-0000

**Fulvio Martusciello (PPE).** - Präsident Draghi, als Italiener möchte ich Ihnen danken, da Sie uns das Gefühl gegeben haben, in einer Zeit, in der es in unserem Land einen echten Mangel an herrschender Klasse gibt, stolz darauf sein zu können, Italiener zu sein. Vielen Dank, dass Sie uns die Ehre erwiesen haben, uns bei diesen währungspolitischen Dialogen zu begleiten.

Ich möchte Ihnen zwei Fragen stellen. Die erste betrifft die Situation in unserem Land, in Italien. Zuerst haben die Banca d'Italia und dann der Internationale Währungsfonds mitgeteilt, dass eine starke Verlangsamung des Wachstums in unserem Land zu erwarten sei und dass die Schätzungen tatsächlich von den von der Regierung eingeplanten 1 % auf 0,6 % korrigiert werden sollen. Der Internationale Währungsfonds hat sich ebenfalls dahingehend geäußert und darauf hingewiesen, dass die Besorgnis über staatliche und finanzielle Risiken de facto die Inlandsnachfrage belastet habe und dass daher im Wesentlichen mit einem Rückgang des Wachstums zu rechnen sei. Heute hat Minister Savona jedoch während der Anhörung im Plenum gesagt, dass diese Analysen auf veralteten Instrumenten beruhen, und wir sollten ihm Glauben schenken, da er über Kompetenzen *ex cathedra* verfügt und selbstverständlich mehr darüber weiß als die Banca d'Italia und der Internationale Währungsfonds.

Sind Sie der Meinung, dass sich Italien, sollte es sich hierbei tatsächlich um die Zahlen handeln, die wir zu erwarten haben, auf eine Korrekturmaßnahme einstellen sollte, nachdem die versprochenen Reformen anscheinend nicht durchgeführt wurden und es nicht gelungen ist, das zu erreichen, was man sich mit den Reformen erhofft hatte? Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage stelle ich aus reiner Neugier. Heute wird der Druck der 500-Euro-Banknote eingestellt, eine Maßnahme, die, wie bereits gesagt wurde, insbesondere der Kriminalitätsbekämpfung dient. Ich möchte Sie fragen, ob ein Kontrollinstrument in Bezug auf diejenigen vorgesehen ist, die zu einem späteren Zeitpunkt auch nur eine einzige 500-Euro-Banknote bei Kreditinstituten einzahlen, d. h. ob diese Maßnahme dann von einer von den Banken zu fordernden Kontrollmaßnahme begleitet wird.

1-033-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Lassen Sie mich einige Worte zu Italien sagen. Das Ergebnis des Dialogs mit der Kommission über den Haushalt war, denke ich, eine gute Nachricht. Wie Sie gesehen haben, haben sich die Spreads etwas verringert. Insgesamt

verringert alles, was zum Dialog und zur Einhaltung der bestehenden Vorschriften beiträgt, den Spread und verbessert die Finanzierungsbedingungen für alle.

Die externe Umwelt, wie ich schon zuvor gesagt habe, wird keinen solchen Boom erleben wie in der Vergangenheit, und die Wirtschaft Italiens wird weniger stark wachsen als bisher – und wesentlich weniger als erwartet. Dies ist den meisten, wenn nicht allen, Ländern im Euro-Gebiet passiert. In Italien war das stärker ausgeprägt, da Italien, als alle einen Aufschwung erlebten, ein weniger starkes Wachstum vorzuweisen hatte als die anderen Länder.

Es ist zu früh, darüber nachzudenken, ob der Haushalt einer Korrektur bedarf oder etwas in der Art. Wir müssen zudem abwarten, welche Ausgaben der Haushalt vorsieht, denn wir haben diesbezüglich keine Zahl oder überhaupt eine Vorstellung. Ferner müssen wir abwarten, wie es bei den Steuereinnahmen aussieht. Es ist also noch viel zu früh, um irgendeine Prognose auszusprechen.

Bezüglich der 500-Euro-Banknoten ist zu sagen, dass die ehrenwerten Mitglieder sich vielleicht daran erinnern, dass der Rat der Europäischen Zentralbank am 4. Mai 2016 beschlossen hatte, die 500-Euro-Banknote aus der Europa-Serie herauszunehmen und die Ausgabe von Banknoten mit diesem Nennwert gegen Ende des vergangenen Jahres oder zum Anfang dieses Jahres gestoppt werden sollte. Die National- und Zentralbanken werden jedoch ihre Kunden bis einschließlich 26. Januar 2019 mit 500 Euro-Banknoten versorgen.

Warum sagen wir das? Es wäre letzten Endes nur natürlich, die Abschaffung der 500-Euro-Banknote als normal zu betrachten, wenn wir bedenken, wer oftmals die Nutzer dieser Banknoten sind, da es bestimmte Gebiete im Euro-Raum gibt, in denen die Verwendung dieser Banknoten sehr geschätzt wird. Der Beschluss wurde also gefasst. In einigen Teilen der Union fand dies großen Anklang, in anderen Teilen der Union war es sehr umstritten, im Grunde aber war der Beschluss gefasst.

Um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten und aus logistischen Gründen wird sowohl die Deutsche Bundesbank als auch die Österreichische Nationalbank bis einschließlich 26. April 2019 noch 500-Euro-Banknoten ausgeben. Nach der Einstellung der Ausgabe werden die 500-Euro-Banknoten gesetzliches Zahlungsmittel bleiben und können daher weiterhin als Zahlungsmittel und Wertanlage verwendet werden.

Das ist die Antwort darauf. Wir behandeln diese wie jede andere Banknote. Nun ja, nicht „wir“, wenn wir genau sind: die National- und Zentralbanken werden sie wie jede andere Banknote behandeln.

1-034-0000

**Notis Marias (ECR).** – Herr Präsident, ich werde Ihnen zwei Fragen stellen, die mit Griechenland im Zusammenhang stehen. Die eine Frage bezieht sich auf die notleidenden Darlehen, die in Griechenland verständlicherweise nicht durch Beschlagnahmen und Versteigerungen zulasten der griechischen Bevölkerung angegangen werden können, die schon durch die Memoranden verarmt wurde. Und bestimmt stellt der Abverkauf der notleidenden Darlehen durch die Banken an verschiedene Fonds, die so genannten „Geier“, zu lächerlichen Preisen auch keine Lösung dar. Ich habe mehrfach die Schaffung eines Rettungsfonds für Kreditnehmer in Höhe von 5 Mrd. EUR für Griechenland vorgeschlagen, sodass die notleidenden Darlehen für den Startpreis, den die Fonds anbieten, also für ungefähr weniger als 10 % ihres Wertes, von Griechenland aufgekauft werden können und Griechenland anschließend die verarmten Kreditnehmer dazu auffordern kann, ihren Kredit in gleicher Höhe abzuführen. Was würde die Europäische Zentralbank davon halten, dass einerseits die Kreditnehmer, die wirklich nicht in der Lage sind, zu zahlen, geschützt würden und andererseits die Banken von den notleidenden Darlehen in Höhe von rund 50 Mrd. EUR entlastet würden?

Die zweite Frage betrifft die quantitative Lockerung. Griechenland wurde von der quantitativen Lockerung ausgeschlossen, während die griechische Zentralbank an dem Programm teilnimmt und bis 2017 62 Mrd. EUR gezahlt hat. Meine Frage ist: Wann werden Sie die griechischen Staatsanleihen in die quantitative Lockerung mit einbeziehen? Sie sagten im Juni, dass Sie selbst als Europäische Zentralbank Ihre eigenen Untersuchungen anstellen und Ihren eigenen Bericht über die Tragfähigkeit der griechischen Schulden erstellen werden. Haben Sie dieses Vorhaben abgeschlossen? Und zweitens: Wann wird es möglich sein, dass auch Anleihen griechischer Unternehmen in die quantitative Lockerung aufgenommen und von den Zentralbanken oder auch von der griechischen Zentralbank gekauft werden können?

1-035-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Die Antwort auf die zweite Frage ist, dass wir das machen werden, wenn sie förderfähig werden. Derzeit sind sie nicht förderfähig. Wir haben Kriterien festgelegt und sie erfüllen diese Kriterien nicht. Zum ersten Punkt – und nebenbei gesagt kann ich das nicht wirklich kommentieren, da all das Gegenstand der derzeit stattfindenden Verhandlungen in Athen ist – sollten wir uns bei der Reduzierung des Bestands an notleidenden Darlehen bewusst machen, dass Teile der Schuld, ein Teil der Schuldner, Teil einer sehr viel umfangreicheren Problematik ist, während andererseits wieder ein anderer Teil nur die Verschuldung strategischer Kreditnehmer darstellt. Meinem Verständnis nach versucht die Regierung Griechenlands, zwischen diesen beiden Kategorien zu unterscheiden.

Es gibt jedoch zwei Wege, auf die armen Schuldner einzugehen. Ein Weg besteht im Grunde darin, das Problem zu verschieben und ein Problem für die Banken zu schaffen, woraufhin die Banken danach nicht in der Lage sind, den privaten Sektor mit Krediten zu versorgen oder zu unterstützen, wie sie das anderenfalls getan hätten.

Der andere ist, das Problem letztendlich abzuschaffen, in anderen Worten ausgedrückt, die Kultur der Zahlungsmoral zu erhalten, sodass die Banken nicht betroffen sind, und zudem den armen Schuldnern direkt zu helfen, die Inhaber dieser Anleihen sind.

Ich denke, dass die Regierung Griechenlands diesbezüglich bedeutende Fortschritte gemacht hat, aber wir müssen trotzdem wachsam bleiben, da die griechischen Banken sich gerade von einem langwierigen Zeitraum erholt haben, in dem sie nicht in der Lage waren, den privaten Sektor in Griechenland zu unterstützen. Jetzt sind sie wieder gut kapitalisiert. Sie können jetzt wieder als eine Unterstützung der Wirtschaft dienen und wir müssen achtsam vorgehen, damit wir ihre Entwicklung in der Zukunft nicht negativ beeinflussen.

1-036-0000

**Notis Marias (ECR).** – Herr Vorsitzender, geben Sie mir zehn Sekunden?

1-037-0000

**Der Vorsitzende.** – Nein. Ich sehe, dass Ihnen Redezeit zusteht und ich bin mir sicher, dass Sie dann darauf zurückkommen werden.

1-038-0000

**Pedro Silva Pereira (S&D).** – Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Präsident Draghi, steht uns demnach eine Konjunkturabschwächung bevor? Ihrer Prognose zufolge ist eine neue Rezession in der nahen Zukunft unwahrscheinlich und Sie sind weiterhin zuversichtlich, dass sich die Inflation auf das mittelfristige Inflationsziel einpendeln wird. Dennoch erleben wir derzeit einen Abschwung und das Wirtschaftswachstum ist schwächer als erwartet. Die Antwort lautet daher offensichtlich: Was können wir tun und was sollten wir diesbezüglich tun? Ganz sicher nicht nur die Daumen drücken.

Wir nehmen Ihre Antwort bezüglich der Währungspolitik zur Kenntnis. Sie sagen, dass die Geld- und Währungspolitik weiterhin wachstumsfreundlich sein wird und gegebenenfalls weitere Maßnahmen von der Europäischen Zentralbank ergriffen werden. Zum Rest habe ich jedoch zwei Fragen.

Die erste behandelt die politischen Risiken, beginnend mit dem Brexit.

Würden Sie der Britischen Notenbank zustimmen, dass das No-Deal-Szenario das schlimmste Szenario ist, und würden Sie, acht Wochen bis zum geplanten Brexit, würden Sie sagen, dass die erste Sache, die wir angehen sollten, um die Bedingungen für das Wirtschaftswachstum zu verbessern, die Vermeidung des No-Deal-Szenarios ist?

Meine zweite Frage bezieht sich auf die Wirtschafts- und Währungspolitik. Im Jahreswachstumsbericht 2019 fordert die Kommission qualitativ hochwertigere Investitionen und eine expansivere Finanzpolitik in den Überschussländern. Sind auch Sie der Ansicht, dass qualitativ hochwertige Investitionen und eine expansivere Finanzpolitik in den Überschussländern ein Teil des Instrumentariums zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Bewältigung des Konjunkturabschwungs sein sollten?

1-039-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Bezüglich Ihrer Frage zum Brexit bin ich etwas vorsichtig mit einer Antwort, weil wir uns niemals in eine Debatte einmischen wollen, die in diesem Fall zudem auch noch ziemlich komplex ist. Zuallererst aber sei daran erinnert, dass die EZB nicht Verhandlungspartei ist. Natürlich beobachten wir, wir kooperieren auch mit der Bank of England, versuchen, vorbereitet zu sein, soweit das die Finanzmärkte betrifft, auf alle Szenarien. Wir haben beachtenswerte Arbeit dabei geleistet. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die mehrere Monate daran gearbeitet hat. Darüber hinaus denke ich nicht, dass wir die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Ergebnisse bezüglich der gegenwärtigen politischen Debatte im Vereinigten Königreich diskutieren sollten.

Unsere wichtigste Verantwortung liegt vielmehr darin, sicherzustellen, soweit wir darauf Einfluss haben, dass wir für jedes Szenario relevante Eventualitäten identifiziert haben und wissen, welche Maßnahmen notwendig sind. Was bedeutet, dass viele dieser Eventualitäten keine Maßnahmen vonseiten der staatlichen Behörden notwendig machen, aber auch der Privatsektor selbst kann diese durch Abhilfemaßnahmen bewältigen. Wie wir aber meiner Meinung nach bereits bei einer anderen Gelegenheit erörtert haben, gibt es gewisse Gebiete, in denen es wichtig ist, dass wir im Vorfeld wissen, was zu tun ist. Auch die jüngste Mitteilung der Kommission zur Äquivalenz und der an Bedingungen geknüpften Äquivalenz war eine große Hilfe.

Bezüglich des zweiten Punktes, ja, stimme ich Ihnen zu, und bin auch einer Meinung mit der Kommission. Wir sprechen viel über die Größe des Haushalts in verschiedenen Ländern. Wir sprechen viel weniger darüber – weil es ein sehr viel schwierigeres Thema ist –, wie ein wachstumsfreundlicher Haushalt ausgestaltet sein sollte. Was wir meiner Meinung nach schon viele Jahre vor der Krise – sieben, acht, neun Jahre vor der Krise – in vielen Ländern gesehen haben, ist eine deutliche Steigerung der laufenden Staatsausgaben, einen starken, drastischen Rückgang bei den öffentlichen Investitionen und signifikante Steuererhöhungen. Als die Krise ausbrach, war es dann nicht verwunderlich, dass einige Länder, die diese extrem wachstumsfeindliche Politik verfolgt haben, in der Folge anfälliger gegenüber der Krise waren. Zudem hatten sie Schulden in beträchtlichem Umfang aufgebaut, was den finanzpolitischen Handlungsspielraum, um auf die Krise reagieren zu können, eingeschränkt hat. Die Gelegenheit zu ergreifen, um sich schließlich auf die Haushaltszusammensetzung zu konzentrieren, ist sehr, sehr begrüßenswert, und wir können diesem Vorhaben nur zustimmen.

Der zweite Teil der Empfehlung der Kommission befasst sich mit dem symmetrischen Aufbau des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens, und auch diesbezüglich stellen wir uns auf ihre Seite. Aber wir müssen noch einen Schritt weiter gehen und uns fragen, was das bedeutet. Was bedeutet es für ein Land mit Vollbeschäftigung – das bereits seit einigen Jahren

Vollbeschäftigung hat –, das insgesamt und in vielen Teilen seiner Wirtschaft einen Arbeitskräftemangel zu verzeichnen hat, dass mehr Ausgaben durchgeführt werden sollten? Ich finde, das ist eine wichtige Frage. Wenn es in der Form von Investitionen in die Digitalisierung, in die Technologie und die Infrastruktur geschieht, wo dies notwendig ist, dann ist es ganz sicher willkommen. Aber das ist nur ein erster Schritt. Wir sollten uns selbst die Frage stellen, wie wir diese zusätzlichen Ausgaben materialisieren könnten und wie diese höheren Ausgaben von Überschussländern sich auf den Rest der dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten auswirken könnten. Das ist noch ganz und gar nicht klar.

1-040-0000

**Wolf Klinz (ALDE).** – Herr Vorsitzender, Herrn Draghi wurden einige Fragen gestellt, die er selbst als nicht so einfach zu beantwortende Fragen bezeichnet hat. Ich möchte Ihnen jedoch zwei sehr einfache Fragen stellen, Herr Draghi.

Die erste betrifft die Mitgliedschaft in der Euro-Zone. 26 der 28 Mitgliedstaaten der EU haben sich rechtlich verpflichtet, eines Tages den Euro einzuführen. Derzeit sind sieben davon immer noch nicht Mitglieder des Euro-Raums, obwohl einer oder zwei die Bedingungen für die Mitgliedschaft erfüllen. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Würden Sie sagen, dass es erstrebenswert oder sogar notwendig ist, dass diese Mitgliedstaaten endlich dazu gezwungen werden, beizutreten, da sie sich rechtsverbindlich dazu verpflichtet haben? Und welche Entwicklung prognostizieren Sie in dieser Hinsicht? Gehen Sie davon aus, dass mindestens ein oder zwei Staaten in den nächsten zwei oder drei Jahren den Beitritt beantragen?

Frage Nummer zwei betrifft die Tatsache, dass wir während meiner Zeit als Vorsitzender des Sonderausschusses zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise mit Pervenche Berès als Berichterstatterin uns unter anderem die Rolle und Leistung der Kreditratingagenturen angesehen haben und zu der Schlussfolgerung gelangt sind, dass es für die Europäische Union wünschenswert wäre, eine Europäische Kreditratingagentur einzurichten, die nicht unter dem Einfluss der USA steht. Unseren Vorstellungen nach sollte dies eine private, keine öffentliche Ratingagentur sein, in die mit privaten Geldern investiert wird, und es sollte eine Agentur sein, die letztendlich auch in der Lage sein könnte, ihr Geschäftsmodell zu ändern, indem sie nicht systemabhängig, sondern investorenabhängig ist usw.

Das wurde dann zu meinem Lieblingsprojekt und ich habe versucht, Investoren für die Teilnahme an einem solchen Projekt zu finden. Zu dieser Zeit waren meine Anstrengungen jedoch nicht erfolgreich. In der Zwischenzeit konnte ich feststellen, dass zahlreiche Agenturen entstanden sind und eine besonders erfolgreich ist; sie ist in sechs Ländern tätig, hat mehr als 200 Mitarbeiter, die 30 verschiedenen Nationalitäten angehören, und wurde zum Beispiel von Unternehmen und Institutionen wie der Europäischen Investitionsbank akzeptiert.

Es wurde mir jedoch von deren Seite aus mitgeteilt, dass die Europäische Zentralbank sie – ihr Name ist Scope – immer noch nicht als den drei anderen großen Agenturen gleichwertig betrachtet. Was ist der Grund dafür?

1-041-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Zuerst zur ersten Frage. Der Euro-Raum ist stärker geworden, und auch wenn wir uns ein höheres Tempo wünschen würden, wurden Fortschritte erzielt, insbesondere wenn wir als unseren Startpunkt den Beginn der Krise ansetzen.

Dieser Prozess ist noch nicht zu Ende, aber er ist weit genug fortgeschritten, damit wir unsere Frage umdrehen können. Wie die jüngsten Interessensbekundungen, auf die Sie Bezug genommen haben, bestätigen, liegt der Schwerpunkt nun nicht mehr darauf, ob der Euro-Raum



fit genug ist für eine Erweiterung, sondern darauf, ob ein Bewerberland fit genug ist, um beizutreten.

Wir erwarten von allen Mitgliedstaaten der Union, dass sie ohne eine Opt-out-Klausel früher oder später den Euro einführen werden, aber was passieren wird, hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: ihrem Willen und ihrer Bereitschaft.

Bezüglich der Bereitschaft gibt es jetzt ein festgelegtes Verfahren, mit einem großen Unterschied: Anders als in der Vergangenheit müssen sich diese Länder jetzt bewusst machen, dass sie auch in eine Bankenunion eintreten, weshalb es ein Verfahren gibt, in dessen Verlauf diese Länder beim Beitritt zum Euro-Währungsgebiet gewährleisten müssen, dass ihre Finanzinstitutionen – ihre Banken – die Bankenunion stärken werden und nicht neue Schwächen oder Anfälligkeiten einbringen werden.

Ich denke, das ist die Antwort auf die erste Frage. Um es in anderen Worten auszudrücken: Wir sind in einer anderen Position als vor etwa 10 Jahren, als, wie Sie sich erinnern können, wir uns gefragt haben: Wird diese Erweiterung Sinn machen? Wird sie nicht die bestehende Union schwächen?

Seit damals haben sich viele Dinge verändert, und, wie ich gesagt habe, werden sich für die Union noch viele andere Dinge verändern müssen, damit sie stärker wird. Wenn ich aber den heutigen Stand beurteile, dann sind wir stark genug, neue Mitglieder aufzunehmen.

Die nächste Frage behandelte die Kreditratingagenturen, und wir können diskutieren, ob Kreditratingagenturen perfekt sind oder nicht. Ich kann mich daran erinnern, dass während meiner Zeit als Vorsitzender des Rates für Finanzstabilität, als im April 2008 erste Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise ergriffen werden sollten, keiner die Rolle der Kreditratingagenturen, die diese während der Finanzkrise spielten – und insbesondere nicht während der Entstehung der Finanzkrise – gutgeheißen hätte. Ich kann mich auch erinnern, gesagt zu haben, und wahrscheinlich habe ich das auch geschrieben, dass wir lernen müssen, ohne sie auszukommen.

Tatsache ist aber, dass es seither sehr schwierig war, einen wirksamen Ersatz zu schaffen. Wenn ich wirksamen Ersatz sage, dann meine ich damit einen Ersatz, der ein gleich hohes Maß an Vertrauen gegenüber den wichtigsten institutionellen Investoren, sprich den Pensionsfonds, und all den anderen Hauptfaktoren im Finanzsektor, genießt. Diese sind es nämlich, die den Kreditratingagenturen Glaubwürdigkeit verleihen.

Während der Finanzkrise waren sie nahe dran, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren, weil sie ihre Investoren falsch beraten hatten, da sie Produkten ein Rating gegeben haben, die dieses Rating ganz bestimmt nicht verdient hatten. Es ist aber eine sehr schwierige Sache: Eine private Agentur wird sicherlich eine höhere Glaubwürdigkeit genießen als eine öffentliche. Allerdings ist es zurzeit schwierig, von außerhalb in diesen Markt einzutreten. Natürlich möchten wir möglichst viele Bewertungen der Kreditratings haben, was wir auch derzeit bei der EZB zu bewerkstelligen versuchen.

Ich kenne Scope nicht, deshalb muss ich mir das ansehen. Wir verwenden eine Vielzahl von Instrumenten. Kreditrating-Bewertungen sind bestimmt die wichtigsten, aber wir verwenden auch andere Bewertungen. Einige Zentralbanken haben ihr eigenes Rating. Es gibt außerdem auch interne Rating-Bewertungen. Wir sind ganz sicher offen für eine Erweiterung und Verbreiterung des Spektrums, wenn wir sehen, dass es passt.

1-042-0000

**Stefan Gehroid (PPE).** – Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ich danke auch Ihnen, Präsident Draghi. Sie haben erwähnt, dass Nord- und Südeuropa durch den Euro geeint und vereinheitlicht sind, in wirtschaftlicher Hinsicht aber zutiefst gespalten sind. Ich kann nachvollziehen, dass es für Sie das Mittel der Wahl ist, die Zinssätze niedrig zu halten, um den Zusammenhalt des Euro-Raums zu gewährleisten. Diese Strategie bleibt jedoch nicht ohne Wirkung für diejenigen mit Schulden, was auch so angedacht war. Sie wirkt sich jedoch auch nachteilig auf diejenigen mit Ersparnissen aus, insbesondere da Negativzinsen für die Einlagefazilität erhoben werden. Ich frage mich, ob es nicht noch weitere Stellschrauben gibt, als nur einfach die Zinssätze und die Einlagefazilität zu bemühen.

Meine Frage an Sie lautet also: Wenn Sie sich persönlich ein anderes Instrument wünschen könnten – eine zusätzliche Entscheidungskapazität – für die unabhängige Europäische Zentralbank, über das sie verfügen könnte, was wäre das?

1-043-0000

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Haben Sie vielen Dank! Zuerst einmal sind niedrige Zinsen – und auch die negativen, die wir haben – nicht dazu da, um das Euro-Gebiet zusammenzuhalten. Die Motivation ist nicht, so wie Sie es genannt haben, glaube ich, Kollegialität zwischen den Euro-Mitgliedstaaten. Die Motivation ist – und war – Preisstabilität. Zu einem bestimmten Zeitpunkt hat sich während der Krise in den letzten Jahren klar herausgestellt, dass dieses Instrument sehr wirksam sein könnte, und es war in der Tat sehr wirksam. Unsere Erfahrung mit negativen Zinsen war äußerst positiv, und zwar hinsichtlich der Ankurbelung der Wirtschaft, der Erhöhung der Darlehensvergabetätigkeit und der Überwindung der Zersplitterung des Finanzdienstleistungsmarktes. Das ist also die wesentliche Logik hinter den negativen Zinsen.

Wir müssen die Effekte auf die Ersparnisse untersuchen, denn was negativ ist, ist der sehr kurzfristige Einlagesatz, aber ob die Ersparnisse zu diesem Satz vergütet werden, ist derzeit fraglich. Einige Ersparnisse – beispielsweise Ersparnisse von Kapitalgesellschaften – erhalten derzeit eine negative Rendite. Einige, nicht alle von ihnen. Aber die Zinsen für Nicht-Unternehmen – ich spreche von Einlagen – werden mit einem Nullsatz vergütet. Aber der Punkt ist doch, dass Ihre Ersparnisse, wenn sie investiert werden, nicht unbedingt in kurzfristigen Anlageformen wie Depots investiert werden. Sie werden auch in anderen Anlagen investiert, die sich alle entlang der Zinskurve bewegen.

Bei der Beurteilung der Tauglichkeit einer politischen Maßnahme sollte eine umfassendere Betrachtung erfolgen. Um es mit anderen Worten auszudrücken: Man sollte sich fragen, ob die Sparer von einer starken Wirtschaftsbelebung, von einer starken Wirtschaft mehr profitieren; denn wenn sie ihre Ersparnisse in einer starken Wirtschaft haben, in der die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist und wo aufgrund dieser Tatsache jetzt die Nominallöhne steigen, dann sparen sie mehr. Sind sie bessergestellt oder wären sie besser gestellt in einer Wirtschaft mit höheren Zinsen und hohen Arbeitslosenquoten, in der weniger Arbeitsplätze geschaffen werden, die Löhne niedriger sind und so weiter?

Wenn wir uns diese umfassende Betrachtung vor Augen führen, dann lautet die Antwort am Ende, dass negative Zinssätze sehr nützliche Dienste leisten, zumindest im Bereich der Geld- und Währungspolitik, auch was die Erfüllung unseres Mandats betrifft.

1-044-0000

**Der Vorsitzende.** – Vielen Dank! Wir schließen nun den geld- und währungspolitischen Dialog mit Ihnen als Präsidenten der EZB.

*(Der Dialog über Geldpolitik wird um 17.08 Uhr beendet.)*